

mo

MAGAZIN FÜR
MENSCHENRECHTE NR. 63



IRMGARD GRISS
ÜBER DIE KINDESWOHL-
KOMMISSION

MARIA RÖSSLHUMER
ÜBER GEWALT AN
FRAUEN

**BLACK AUSTRIA
WIR GESTALTEN
DIESES LAND MIT**



Was MO-Kolporteur*innen erleben

Illustration: P.M. Hoffmann, Text: Thyra Veyder-Malberg



JETZT SPENDEN!
IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590
BIC: BAWAATWW



Foto: Karin Wasner

Black Voices-Sprecherin Noomi Anyanwu.

H Liebe Leserin Lieber Leser

„How do you do?“ hatte der Tiroler Landeshauptmann Günther Platter noch vor einigen Jahren Fußballstar David Alaba im Trainingscamp der Nationalmannschaft begrüßt. Alaba, ein Kind der Donaustadt, antwortete trocken: „Sie können ruhig Deutsch mit mir reden, ich bin Österreicher. Die Episode lässt vermuten, dass nicht wenige sich Österreich immer noch weiß vorstellen. Eigentlich erstaunlich. Auf der Website der „Initiative Minderheiten“ lässt sich ein Text von Vanessa Spanbauer nachlesen, der einen schönen Überblick über die Black Communities, die vielen Initiativen und Vereine gibt, die über Jahrzehnte das Selbstverständnis Österreichs verändert haben. Längst sprechen wir nicht mehr nur von der afrikanischen Diaspora, sondern von der zweiten und dritten Generation hier geborener Schwarzer Menschen. Struktureller und Alltagsrassismus, wie sich auch an den Themen dieser Ausgabe von MO zeigt (danke an Clara Akinyosoye für die Inspiration), sind indes nicht geringer geworden. Auch Praktiken wie „Ethnic profiling“ sind weiterhin Teil von Polizeiroutinen. Erst jüngst bestätigte die EU-Grundrechteagentur in einer Studie, dass Schwarze Menschen überproportional oft angehalten werden. Wann wird sich das ändern? 2020 wurde die Prüfung einer unabhängigen Ermittlungsstelle für Polizeigewalt angekündigt, bislang ohne Ergebnis. Wie so eine weisungsfreie Einrichtung aussehen kann, zeigt das mächtige, englische IOPC - das nur dem Parlament verantwortlich ist. (Nachzulesen in MO 60.)

Gunnar Landsγγελ, Chefredakteur



Foto: Sophie Holden



Foto: Marko Mestrovic



Foto: Karin Wasner

Einstieg

2 CARTOON

MO-Kolporteur*innen und die Polizeikontrollen.

3 EDITORIAL

6 NACHGEFRAGT

Familienzusammenführung und Corona

7 HANDLUNGSBEDARF

Verschleierungsfaktor Migrationshintergrund

Dossier: Black Austria

9 MEHR ALS EIN HYPE!

Noomi Anyanwu über die Forderungen des Black Voices-Volksbegehrens.

12 KÄSESPÄTZLE, SCHIFAHREN UND M-BRÄU

Eine Vorarlberger Schülerin erzählt, wie das Leben im „Ländle“ so ist, wenn man nicht weiß ist.

15 ES IST WIE EINE ART STAFFELLAUF

Die Journalistin Alice Hasters, Autorin von „Was weiße Menschen nicht über Rassismus hören wollen, aber wissen sollten“ im Gespräch.

18 ANTI-RASSISMUS IM NACHRICHTENGESCHÄFT

Ein Blick zurück auf einige Initiativen für mehr Partizipation in den Medien.

21 NÜTZT EURE PRIVILEGIEN FÜR EINE BESSERE WELT!

Die Ötztalerin Nenda rappt zwischen Provinz und London über ihre Erfahrungen.

24 BLACK FASHION REVOLUTION

Leni und Charrelle Charles über inklusive Mode und ihr Label „Kids of the Diaspora“.

27 CULTURAL APPROPRIATION

Was ist das Problem an kultureller Aneignung?

Welt

31 „DAS IST BESCHÄMEND“

Irmgard Griss über Korruption, den Umgang mit Muslim*innen und die Ziele der Kindeswohl-Kommission, die sie leitet.

34 KAMPF UM TISCH UND KUCHEN

Gelungene Integration führt zu einem harmonischen Zusammenleben? Im Gegenteil, meint der deutsche Soziologe El-Mafaalani.

37 UNSICHTBAR UND UNGEHÖRT

Junge Palästinenser*innen kommen in der Weltpresse entweder als Opfer oder als Terroristen vor.

39 IMPRESSUM

Rubriken

40 NEUES AUS DER PARALLELGESELLSCHAFT

Damoklesschwert Terrorismusvorwurf
Kolumne: Nour El-Houda Khelifi

41 SPOTLIGHT

Die Preisträger*innen des Ute-Bock-Preises für Zivilcourage.

42 KOLUMNEN

Martin Schenk: Schmerz
Philipp Sonderegger: Agents provocateurs
Clara Akinyosoye: Die Rückkehr der Sündenbock-Sage

45 SOS MITMENSCH: NEWS

In Österreich geboren und dennoch staatenlos

46 ANDERE ÜBER ...

Spielt Herkunft bei Gewalt an Frauen eine Rolle?
Kommentar: Maria Rösslhumer, Geschäftsführerin des Vereins
Autonome Österreichische Frauenhäuser



DOROTHEUM

SEIT 1707

Auktionswoche 22. – 25. Juni
Zeitgenössische Kunst
Moderne
Juwelen, Uhren

Palais Dorotheum, Wien, +43-1-515 60-570
www.dorotheum.com

*Arnulf Rainer, „Irma la Douce“, 1963,
Öl auf Leinwand, 65 x 50,5 cm,
€ 40.000 – 70.000, Auktion 23. Juni*

Feldkirch, Vorarlberg

ad
ch

Altes
Hallenc
Feldkirch

Poolbar
Festival

Alle Infos → www



DANKE AN!

BM KOES KUNST & KULTUR, LAND VORARLBERG, STADT BREGENZ, STADT FELDKIRCH

NACHGEFRAGT

Familien-zusammenführung

Wie wirkt sich die Corona-Pandemie auf die Situation von Geflüchteten aus, die darauf warten ihre Familie nachzuholen? Nachgefragt bei Daniel Bernhart vom Roten Kreuz.

INTERVIEW: MAGDALENA STERN

Wie viele Menschen warten derzeit, dass ihre engsten Familienangehörigen nachkommen dürfen? Welche Folgen haben die Lockdowns?

Im März 2021 hatten wir etwa 2.000 Bezugspersonen, die darauf gewartet haben, dass ihre Familien nach Österreich nachkommen können. Die Pandemie macht die Familienzusammenführung vor allem auf der praktischen Seite schwieriger. Es ist für Personen wegen der Lockdowns und Einreisebeschränkungen viel schwieriger geworden, zu Botschaften zu gelangen. Es kommt momentan immer wieder vor, dass Termine, die bereits vereinbart waren, abgesagt werden müssen und Verfahren damit verzögert werden.

Hat die Regierung Erleichterungen bei Fristen und Antragsstellung ermöglicht?

Während des ersten Lockdowns, also im April/Mai 2020 wurden für eine kurze Zeit alle Fristen ausgesetzt. Das gab es seither aber nicht mehr. Die Dreimonatsfrist(*) für die Antragsstellung gilt nach wie vor. Das ist eine der größten Herausforderungen für uns als Rotes Kreuz. Im Moment stellen in vielen

Fällen die Anträge, damit die Dreimonatsfrist gewahrt bleibt. Dadurch hatten wir bisher kaum Fälle, wo Fristen wegen Einreisebeschränkungen oder Lockdowns verpasst wurden.

Was würde die Situation von betroffenen Familien derzeit verbessern?

Die grundsätzlichen Probleme bei der Familienzusammenführung haben ja schon vor der Pandemie bestanden. Sie sind nur verschärft worden. Wichtig wäre, die erwähnte Dreimonatsfrist für die Antragsstellung abzuschaffen. Das zweite Problem ist die Wartefrist für subsidiär Schutzberechtigte. Sie müssen drei Jahre warten, bevor sie überhaupt einen Antrag auf Familienzusammenführung stellen können. Und drittens sollten die Einkommensvoraussetzungen für subsidiär Schutzberechtigte fallen. Ein Beispiel: Eine subsidiär schutzberechtigte Person, die einen Ehepartner oder eine Ehepartnerin und vier Kinder nachholen will, braucht ein Netto-Einkommen von 2.500 Euro. Das können frisch in Österreich Angekommene oder auch Asylberechtigte in der Regel äußerst selten nachweisen. Meistens dauert es



Daniel Bernhart ist Sozialarbeiter und seit 2010 im Suchdienst beim Roten Kreuz. Er leitet das Team der Familienzusammenführung.

lange, bis Personen dieses Einkommen erreichen.

Wie wirkt es sich psychisch aus, wenn Familien zusammenkommen?

Wenn die Familie ankommt dann bedeutet das zunächst natürlich große Freude und Erleichterung. Der Druck, die Familie möglichst rasch aus gefährlichen Gebieten nachzuholen lastet in den meisten Fällen schwer. Gleichzeitig bringt der Familiennachzug auch neue Herausforderungen mit sich. Es muss eine größere Wohnung und eine Schule für die Kinder gefunden werden. Und die lange Trennung führt in einigen Fällen zu einer Entfremdung der Eheleute und einer Änderung der Rollenverteilung. Deshalb unterstützt das Rote Kreuz die Familien mit dem Projekt „Familientreffen“ und stellt ihnen Berater*innen zur Seite, damit sie die neuen Aufgaben gut bewältigen können.

**Asylberechtigte müssen seit 2016 in den ersten drei Monaten einen Antrag auf Familienzusammenführung stellen. Nur bei Antragstellung innerhalb dieser Frist müssen weder Einkommen, Unterkunft noch Krankenversicherung nachgewiesen werden.*

HANDLUNGSBEDARF

Verschleierungsfaktor Migrationshintergrund

Verschiedene Medien haben das Infektionsgeschehen nach Herkunft recherchiert. Was soll das bringen?

TEXT: ALEXANDER POLLAK

Es war keine Sternstunde der ORF-Sendung „Report“: Ende April versuchte ein Redaktionsteam mittels Namenslisten von Patientinnen und Patienten den Beweis zu erbringen, dass überdurchschnittlich viele „Menschen mit Migrationshintergrund“ auf Corona-Intensivstationen liegen würden. Eine seriöse Reportage-Sendung, die Menschen aufgrund ihrer Namen kategorisiert? Wie kam es dazu?

Kanzler machte den Anfang

Der Druck zur Corona-bezogenen Kategorisierung von Menschen anhand ihres „Migrationshintergrunds“ baute sich schon im vergangenen Jahr auf. Den Anfang machte der Bundeskanzler, als er angesichts steigender Infektionszahlen „insbesondere“ Menschen, die „den Sommer in ihren Herkunftsländern verbracht haben“ für die „Heinschleppung“ des Virus verantwortlich machte, so der O-Ton. Kurz darauf meinte der Wiener Neustädter ÖVP-Bürgermeister Klaus Schneeberger, der „riesengroße Migrationsanteil“ in seiner Stadt sei für die geringe Beteiligung am Corona-Massentest ver-

antwortlich. Die FPÖ zog heuer nach, indem sie behauptete, Intensivbetten seien „zu mehr als der Hälfte von Migranten belegt“, außerdem würden sich „Migranten an keinerlei Sicherheitsmaßnahmen halten“.

Daraufhin tauchten in immer mehr Medien Faktenchecks zu „Migranten auf Intensivstationen“ auf. Die Rechtfertigung für die Medienchecks war dann, dass es ja bloß darum gehe, Probleme aufzuzeigen und den Betroffenen zu helfen. Auch das Team des ORF-Reports wollte mittels der Namenslisten lediglich eine sozioökonomische Schieflage thematisieren, so die Erklärung. Man hätte eben keine anderen Datensätze als die Namen von Patient*innen parat gehabt.

Kategorie „Migrant“

Doch Kategorien wie „Migrant“ oder „Mensch mit Migrationshintergrund“ oder „Mensch mit Name, der nach Mensch mit Migrationshintergrund klingt“ sind denkbar ungeeignet, um konkrete Probleme zu identifizieren oder gar zu lösen. Mit derart diffusen Einteilungen, die ein breites Spektrum



Illustration: Petja Dimitrova

an unterschiedlichsten Menschen erfassen sollen, lässt sich nahezu nichts erklären.

Schlimmer noch: Solche Gruppenkategorien verschleiern die tatsächlich relevanten konkreten Infektions-Faktoren, etwa die Beschäftigungs- und Wohnsituation von Menschen, ihren Bildungsstand, ihre Sprachkenntnisse oder ihr Vertrauen bzw. Misstrauen in Institutionen.

Weit verbreiteter Vorurteilsdiskurs

Warum aber sind dann diffuse Gruppenkategorien wie etwa „Migrant“ so attraktiv für Politik und Medien? Weil sie erstens in einem weit verbreiteten Vorurteilsdiskurs eingebettet sind und weil sie zweitens zu den wenigen Kategorien gehören, die von Behörden zumindest teilweise erhoben werden.

Wer jedoch wirklich Probleme lösen und Menschen helfen will, sollte nicht mit Vernebelung arbeiten, sondern sich die konkrete Lebenssituation und deren Auswirkungen anschauen. Das würde Spaltung verhindern und im Kampf gegen eine Pandemie tatsächlich helfen.



„Es braucht noch hundertmal so eine Bewegung wie Black Lives Matter, bis wirklich die ganze Gesellschaft erreicht ist.“ Noomi Anyanwu

MEHR ALS EIN HYPE!

50.000 Menschen marschierten im Sommer 2020 gegen strukturellen Anti-Schwarzen Rassismus in Wien. Auf Black Lives Matter folgt die Initiative des Black Voices-Volksbegehren. Sprecherin Noomi Anyanwu fordert einen nationalen Aktionsplan in Österreich.

Text: Beverly Mtui

Nach dem Tod des Nigerianers Marcus Omofuma, der am 1. Mai 1999 an den Folgen fahrlässiger Polizeigewalt in Österreich verstorben war, mobilisierten sich zum ersten Mal die afrikanischen Communities in Wien und demonstrierten zusammen mit mehr als 3.000 Personen gegen rassistisch motivierte polizeiliche Übergriffe und strukturellen Rassismus innerhalb der österreichischen Polizei. Knapp drei Wochen nach der Demonstration kam es zur Operation Spring, der „größten kriminalpolizeilichen Aktion in Österreich in der zweiten Republik“. Afrikaner*innen gerieten ins Visier der österreichischen Polizei, wurden in zahlreichen Fällen festgenommen und zu Unrecht angeklagt. Die Bekämpfung strukturellen Anti-Schwarzen-Rassismus in Österreich wurde jahrzehntelang vergebens versucht. 21 Jahre später kam es zu einer unerwarteten Wendung. Am 25. Mai 2020 wurde der Afroamerikaner George Floyd von Derek Chau-

vin, einem Polizeibeamten, getötet. Floyd's Mord sorgte weltweit für Aufsehen. Die Tat wurde zum Sinnbild für strukturellen Anti-Schwarzen Rassismus und veranschaulichte die Lebensrealitäten unzähliger von Rassismus betroffener Personen. Die US-amerikanische Bewegung #BlackLivesMatter wurde zu einer globalen Bewegung, an der

DIE BEKÄMPFUNG STRUKTURELLEN ANTI-SCHWARZEN-RASSIMUS WURDE LANGE VERGEBLICH VERSUCHT.

sich Menschen beteiligten, um strukturellen Rassismus ein Ende zu setzen; auch in Österreich. An der am 4. Juni 2020 organisierten Black Lives Matter-Demonstration in Wien nahmen rund 50.000 Menschen teil. Es war die drittgrößte Demonstration in den vergangenen 20 Jahren und ging damit in die Geschichte ein. Insgesamt fanden in acht von neun österreichischen Bundesländern Black Lives Matter-Demos statt.

Reformbedarf in vielen Bereichen

Die Auswirkungen der #BLM Bewegung blieben nicht unbemerkt. Es war wichtig, dieses Momentum auch in Österreich aufzufangen und in weiterer Folge konkrete Schritte einzuleiten, um strukturellen Anti-Schwarzen Rassismus zu bekämpfen. Daraufhin wurde das Black Voices-Volksbegehren initiiert und am 16. September 2020 in Wien vorgestellt. Das Anti-Rassismus Volksbegehren fordert die Teilhabe von Schwarzen Menschen und People of Colour in Österreich. Der Vorstand des Black Voices-Volksbegehrens wird von vielen Aktivist*innen und Gruppen unterstützt, sowohl innerhalb als auch außerhalb Wiens. Es wurden Bundesländergruppen gegründet, damit ist es dem Black Voices-Volkbegehren möglich, sich regional zu vernetzen und zu mobilisieren. So soll österreichweit um Unterstützung geworben werden und mit vereinten Kräften an der Umsetzung der Forderungen gearbeitet werden. Die Forderungen des Black Voices-Volksbe-



Team der Initiative für das Black Voices Volksbegehren.

gehen sind in sechs Bereiche unterteilt: Bildung, Flucht & Migration, Gesundheit, Arbeitsmarkt, Repräsentation & Öffentlichkeit, und Polizei. Das Ziel ist die Entwicklung und Implementierung eines nationalen Aktionsplans gegen Rassismus. „Damit unsere Forderungen sich in gesetzliche Maßnahmen umsetzen, Schwarze Menschen und People of Colour gesetzliche Veränderungen spüren und ihre Rechte ausgebaut werden, aber auch der Schutz vor Diskriminierung und Rassismus vom Staat bestärkt wird, brauchen wir 100.000 Unterschriften, um im Nationalrat besprochen zu werden“, sagt Noomi Anyanwu, Sprecherin des Black Voices Volksbegehren. „Wir haben es schon einmal geschafft, 50.000 Menschen zu mobilisieren, um gegen strukturellen Rassismus zu demonstrieren. Wir können es auch schaffen, dass 100.000 Menschen das Volksbegehren unterschreiben.“

Im Alltag ansetzen

Das Black Voices-Volksbegehren hat den Anspruch, auf strukturellen Rassismus in Österreich aufmerksam zu machen. Für Noomi ist auch Alltagsrassismus ein Symptom von strukturellem Rassismus. „Rassismus jeglicher Form wird aber oft so normalisiert, relativiert und sogar abgetan, dass Rassismus in Öster-

reich nicht wahrgenommen oder lediglich als ein Problem der USA dargestellt wird. Wir alle leben aber in rassistischen Strukturen. Speziell vor institutionalisierten Strukturen in den verschiedensten Bereichen wie z.B. bei der Job- oder Wohnungssuche kann man sich als nicht von Rassismus betroffene Person leichter verschließen, weil man diese Erfahrungen selbst nicht erlebt“, erzählt sie. Die-

INSTITUTIONELLER RASSISMUS: VOM ARBEITSMARKT BIS ZUM WOHNUNGSMARKT

se institutionalisierten Strukturen haben jedoch enorme Folgen für von Rassismus betroffene Menschen. Sie führen zu Einschränkungen im Arbeits- und Wohnungsmarkt, zu finanziellen Schwierigkeiten und zuletzt zu einem Kampf ums Überleben. Daher sei es umso wichtiger, diese Strukturen, die auch im Gesundheitswesen, bei Amts- und Behördenwegen, im Bildungswesen, und in vielen anderen Bereichen existieren, sichtbar zu machen, um die Lebensqualität und Lebenserwartungen von Rassismus betroffener Menschen zu erhöhen. Das Problem: „Die Medien fokussieren eher auf Alltagsrassismus und blenden diesen großen Teil des Lebens aus –

wobei gerade diesem Teil noch schwerer entkommen werden kann.“

Unabhängige Kontrollstelle bei Polizeigewalt

Wie die Bewegungen zeigten, spielt der Polizeiapparat eine dominante Rolle bei strukturellem Rassismus, auch für das Black Voices-Volksbegehren. Deshalb fordert man die Einrichtung einer unabhängigen Kontroll- und Beschwerdestelle bei polizeilichem Fehlverhalten. Außerdem wird ein kostenloser psychosozialer Dienst gefordert, an den sich Betroffene von Polizeigewalt für mentale und psychische Unterstützung wenden können. „Es ist aber auch wichtig zu erwähnen, dass es sich bei der Kritik an der Polizei nicht um Kritik an einzelnen Polizist*innen handelt. Es geht um den gesamten Polizeiapparat, der ein strukturelles Problem hat, wodurch Polizeigewalt oder rassistische Gewalt tödlich enden kann. Diese Strukturen, genau wie in jedem anderen Bereich, müssen überarbeitet werden“, betont Noomi.

Mehr rassistische Vorfälle

Trotz anti-rassistischer Arbeit haben rassistische Vorfälle in Österreich zugenommen, wie der Verein ZARA berichtet. Ein Viertel der an ZARA gemeldeten Vorfälle im Jahr 2020 betraf Rassismus gegen Schwarze Menschen und People of Colour (siehe den ZARA-Rassismus-Report 2020). „Natürlich gibt es Bestrebungen von einzelnen Organisationen, Vereinen und Institutionen, aber im Endeffekt sehen wir einen Anstieg von rassistisch motivierter Gewalt, auch von antisemitischen und antimuslimischen Übergriffen“, hält Noomi fest. „Zwar sehen wir Veränderungen im Denken und Bewusstsein, auch was die Sensibilisierung der Zivilgesellschaft und einzelner Institutionen betrifft. Aber es braucht noch viel mehr Zeit, bis es auch wirklich spürbare Konsequenzen gibt.“ Greifbare Veränderung bedeutet vor allem eine Veränderung auf gesetzlicher Ebene, und darauf arbeitet das Black Voices-Volksbegehren hin. Mit Online-Podi-



So viel Solidarität wie noch nie, das Momentum soll mitgenommen werden.



„Struktureller Rassismus ist auch das Problem der weißen Mehrheitsgesellschaft.“

umdiskussionen, Livetalks, Workshops, Kampagnen, sowie unterschiedlichen Interaktionsmöglichkeiten bemühen sich die Aktivist*innen um Kooperationen mit Institutionen und Vereinen. Black Lives Matter soll nicht zum kurzlebigen Trend werden. „Das sind unsere Wege, wie wir versuchen den Leuten klarzumachen, dass es erstens nicht vorbei ist, nur weil gerade niemand darüber redet. Und zweitens, dass struktureller Rassismus auch das Problem der weißen Mehrheitsgesellschaft ist. Dass es das Problem von allen ist und wir da alle an einem Strang ziehen müssen“, so Noomi.

Kritik an Museumskonzepten

Im Zuge ihrer Anti-Rassismus Arbeit konnte das Black Voices-Volksbegehren bereits einiges bewirken. Im Februar 2021 thematisierte das Volksbegehren in einem offenen Brief kolonialistische und neokolonialistische Strukturen in Museen und Bildungseinrichtung. Lehrmaterialien zu Schwarzer Geschichte in Österreich wurden infolgedessen online gratis zur Verfügung gestellt, um einen Diversifizierungsprozess im Kultur- und Bildungsbereich zu fördern. „Geschichte wurde aus einer eurozentrischen Perspektive geschrieben, daher muss auch immer kritisch hinterfragt werden, wie viel wir über die Geschichte Schwarzer Menschen in Österreich wissen und warum wir so wenig darüber wissen. Was

auf alle Fälle klar ist, Schwarze Menschen und People of Colour sind nicht erst seit 30 Jahren in Österreich und auch nicht erst seit #BlackLivesMatter, was vielleicht auch einige Menschen glauben. Wir sind schon seit hunderten von Jahren hier und haben dieses Land auch mitgestaltet“, verdeutlicht Noomi. Trotz der Befürchtung, dass für viele Personen der Aktivismus mit der Demo geendet hat, spricht Noomi auch von nachhaltigen Auswirkungen der Bewegung. Das Black Voices-Volksbegeh-

SCHWARZE MENSCHEN SIND NICHT ERST SEIT 30 JAHREN IN ÖSTERREICH. WIR HABEN DIESES LAND MITGESTALTET.

ren bekommt immer wieder Anfragen von Menschen, die aktiv mitarbeiten und unterstützen wollen, was natürlich Hoffnung gibt. „Ich glaube aber trotzdem, dass es so eine Demonstration und Bewegung wie Black Lives Matter noch hundertmal braucht, bis wirklich die ganze Gesellschaft erreicht ist.“ Denn eines ist klar: allein kann das Black Voices Volksbegehren nur wenig erreichen. „Ich hoffe, dass mehr Menschen ein Bewusstsein für diese Strukturen bekommen und die Relevanz auch für sich selbst erkennen, aktiv mit dem Black Voices Volksbegehren und mit allen anderen Menschen gegen Rassismus zu kämpfen und einzustehen.“

Noomi Anyanwu ist Studentin der Romanistik und Afrikanwissenschaften, Aktivistin und Sprecherin des Black Voices Volksbegehrens. Seit ihrem 15. Lebensjahr ist sie politisch aktiv in Form von Schulworkshops, österreichweiten Kampagnen in Jugendorganisationen, ihrer Schulzeitung oder aktuell ihrem Online-Aktivismus als @thisisnoomi. Außerdem tritt sie als Trainerin und Beraterin zum Thema Anti-Rassismus für Organisationen oder in der Erwachsenenbildung auf.

Beverly Mtui, ist Mitbegründerin sowie Chefredakteurin von freshVibes, die Radiosendung der jungen Schwarzen Diaspora in Österreich auf Radio ORANGE 94.0. Sie ist Masterstudentin der internationalen Entwicklung & Aktivistin.

Weiterführende Links:

blackvoices.at/lehrrmaterialien

blackvoices.at/neokolonial-museen-bildung

www.diepresse.com/5827354/nehmt-die-black-lives-matter-bewegung-ernst

*Black Lives Matter Vienna – 4. Juni 2020 – Hören Sie alle Interventionen: cba.fro.at/455943
Black Lives Matter Vienna– 5. Juni 2020 – Alle Beiträge sind hier zu hören: cba.fro.at/456174
20 Jahre OMOFUMA: Die allererste Demonstration der African Communities in Österreich: cba.fro.at/407985*

Best Practice Beispiel für Österreich zur geplanten unabhängigen Beobachtungsstelle für Polizeigewalt in MO 60: Interview mit IOPC-Leiter Derrick Campbell in England.

KÄSESPÄTZLE, SCHIFAHREN UND M-BRÄU

Die Vorarlberger Schülerin Noreen Mughal erzählt, wie das Leben im „Ländle“ so ist, wenn man nicht weiß ist. Rassismus scheint als eine Art „Tabu-Thema“ angesehen zu werden.

Text: Noreen Mughal, Illustration: Diana Bobb

Schifahren, bis die Schibrille einen Abdruck im Gesicht hinterlässt, „Ahna's Käsknöpfle“ (Omas Kässpätzle) und eine traditionsliebende und -bewusste Bevölkerung – all das sind typisch Vorarlberger Eigenschaften, die einem sofort in den Kopf schießen, wenn an das kleine „Ländle“ hinter dem Arlberg gedacht wird. Doch ist auch Rassismus eine Vorarlberger Eigenschaft, oder eher ein Vorarlberger Problem? Die glasklare Antwort: Ja. Und wie es das ist.

WeiBes Ländle?

Mein Name ist Noreen Mughal, ich bin 19 Jahre alt und lebe schon mein Leben lang hier in Vorarlberg. Neben einer behüteten Kindheit am Land durfte ich weitere schöne Seiten des Vorarlberger Daseins kennenlernen. Aber nicht alles

was glänzt ist auch Gold. Seitdem ich denken kann, habe ich schon mit Rassismus hier in Vorarlberg zu kämpfen. Warum das so herauszuheben ist, dass es hier in Vorarlberg geschieht? Rassismus scheint als eine Art „Tabu-Thema“ angesehen zu werden. Niemand spricht darüber – ergo gibt es das Problem in der Vorarlberger Bevölkerung nicht. Doch der Schein trügt. Indem kaum darüber gesprochen wird, scheint man die Problematik einfach wegwischen zu wollen. Begriffe wie das „N-Wort“ statt PoC „People of Colour“ zu verwenden; Menschen absichtlich in gebrochenem Deutsch anzusprechen; Menschen immer wieder nach ihrer Herkunft zu fragen, weil man offenbar nicht aus Österreich sein kann, wenn man nicht weiß ist... All das wird als „gesellschaftskonform“ angesehen. So verhält man sich



halt, sollen sie sich nicht so anstellen, die „Ausländer*innen“. Genau das wurde mir gesagt, als ich solche Erfahrungen machen musste.

Dazu kommen noch die unzähligen Male, als ich in Dorfclubs mit rassistischen Bezeichnungen nahezu hinausvergrault wurde oder aber auch in Geschäften explizit beobachtet und teils sogar verfolgt wurde, dass ich ja nichts mitgehen lasse. Immer noch kein Vorarlberger Problem? Dann komme ich nun zu der Vorarlberger Rassismus-Debatte schlechthin: Die M*-Brauerei und ihr berühmt-berüchtigtes Logo.

Hier geboren, hier aufgewachsen, hier zur Schule gegangen, immer hier gelebt. Und trotzdem hartnäckig nach der Herkunft befragt.

Stereotypes Logo

Was genau ist das Problem bei dieser Debatte? Zunächst einmal zur Begriffserklärung des M-Wortes. Das M-Wort ist eine der ältesten Bezeichnungen im deutschen Sprachgebrauch für nicht-weiße Menschen. Ursprünglich stammt das Wort vom altgriechischen „moros“ ab und bedeutet so viel wie „töricht“, „einfältig“, „dumm“ und auch „gottlos“. Früher wurden Sklav*innen mit diesem Wort absichtlich gerufen, da der Begriff sie ausschließlich auf ihre „Rassen“zugehörigkeit beschränkte. Im Fall der Vorarlberger Brauerei muss

dazugesagt werden, dass der damalige Gründer des Unternehmens, Josef Mohr, seinen Nachnamen als Name für sein Unternehmen genommen hat. Dementsprechend kann die Kritik nur bis zu einem gewissen Grad ausgeübt werden.

Die Diskussion in Vorarlberg betrifft also mehr das Logo: eine Zeichnung, die auf stereotype Darstellungen einer afrikanischen Person zurückgreift. Das Logo ist schon deswegen inkorrekt, da es die Bevölkerungsgruppe eines ganzen Kontinents darstellen soll. Und noch schlimmer: damals als die europäischen Seefahrer von ihrer Fahrt heimkehrten, berichteten sie über Afrika, die so-

WIR BRAUCHEN ZUR ENTPOLARISIERUNG EINE „RESPEKTVOLLE KONFRONTATION“.

nannte „Neue Welt“ und die dort ansässigen Menschen, die als Wilde und unzivilisiert dargestellt worden sind. Und wie wurden denn diese Wildheit und diese „abnormalen“ Unterschiede zu den weißen Menschen in Europa wiedergegeben? Haargenau wie das Logo der Brauerei heute aussieht. Der Gipfel ist aber definitiv die Kombination des Namens und des Logos. Der Name wäre weniger ein Problem, gibt es doch viele Menschen, die heute noch in Vorarlberg diesen Nachnamen tragen. Aber keine/r von ihnen lässt sich absichtlich mit diesem Logo in Verbindung bringen. Denn diese Verbindung ist äußerst problematisch und rassistisch.

Ein „Traditionsbier“

Als die „Black lives matter“-Bewegung auch in Vorarlberg Anklang gefunden hat, wurde zwar nicht zum ersten Mal, jedoch viel vehementer und prominenter über dieses Logo öffentlich diskutiert. Die Antwort der Geschäftsführung der Brauerei darauf war, man wolle das Logo aus wirtschaftlichen und traditio-



nellen Gründen nicht verändern. Zudem wäre es ja ein „Vorarlberger Traditionsbier“ und viele Menschen würden das Bier exklusiv nur aufgrund des Logos kaufen, so die interessante Argumentation. In einem gemeinsamen Interview mit dem Geschäftsführer der Brauerei im Juni 2020 in der Sendung „Neues bei Neustädter“ auf Radio Vorarlberg (ORF) sagte dieser: „Unser Bier hat Traditionsstatus hier in Vorarlberg. Viele kaufen es tatsächlich auch ausschließlich nur wegen der Marke und der damit verbundenen Geschichte des Biers. Weiters würde es finanziell eine wahnsinnige Hürde darstellen, in der Produktion das Logo zu verändern. Wir rechnen mit Millionen von Euro, um ein neues Logo einzuführen.“ Als die Kritik immer mehr wurde und schließlich auch die Vorarlberger Grenzen überschritt, versprach man schließlich, externe Expert*innen herbeizuziehen, um das Logo nochmals zu evaluieren und gegebenenfalls zu verändern. Dieses Versprechen wurde vergangenes Jahr im Juni ausgesprochen. Was sich seit her verändert hat? Rein gar nichts.

Was wurde aus der „Evaluierung“ des Logos?

Diese Diskussion läuft mittlerweile schon seit Jahren. Das erste Mal wurde sie vom Journalisten und Aktivistin Simon Inou angestoßen. Dass immer noch nichts unternommen wurde, zeigt die Priorisierung dieses Problems seitens der Brauerei. Des Weiteren gibt sich die Brauerei eher scheu, wenn sie mit Kritik und Gegenwind konfrontiert ist. Vergangenes Jahr, als die Debatte über das Logo ihren Höhepunkt erreicht hatte und viele Menschen auch außerhalb von Vorarlberg der Brauerei ihre Meinung kundtun wollten, sperrte die Brauerei ihre Social-Media-Kanäle und limitierte die Möglichkeit mit ihnen zu kommunizieren auf den Email-Verkehr. Das erinnert ein wenig an die kindliche Vorstellung von „Was ich nicht sehe, sieht mich auch nicht“.



Noreen: engagiert sich gegen ein überholtes Mindset.

Es muss jedoch gesagt werden, dass sich die feurige Diskussion rund um dieses Logo genauso gelegt hat wie die Versprechen seitens der Brauerei. Während ich diesen Beitrag geschrieben habe, habe ich bei der Brauerei ein weiteres Mal nach dem aktuellen Stand der Evaluierung des Logos nachgefragt. Leider ist der Versuch kläglich gescheitert, denn es ist nie eine Antwort von der Brauerei zurückgekommen.

Das war fast abzusehen. Rassismus scheint nämlich ein Trend-Thema zu sein. Letztes Jahr im Frühsommer war es noch „cool“, Schwarze Bilder auf Instagram zu posten, den Hashtag #blacklivesmatter zu tweeten und die scheinbare Solidarität laut kundzugeben. Jedoch ein Jahr später sieht das Fazit des Schein-Aktivismus so aus, dass wie jeder Trend auch dieser in der Gesellschaft abgeflacht ist und sich heute nur noch die Wenigsten wirklich für dieses Thema stark machen.

Nichts darf man mehr sagen...

Insgesamt erscheint das doch ein wenig vorhersehbar gewesen zu sein: die Reaktionen auf die Debatte und der Trend, der wieder abebbt. Es wurde immer wieder mit dem Aspekt der „Tradition“ argumentiert. Das Logo sei doch Tradition, bestimmte Wörter genauso. Warum wolle man den Vorarlberger*innen auf einmal alles wegnehmen? Und überhaupt: Nichts darf man mehr sagen, es ist ja schon alles politisch inkorrekt. Klingt anstrengend, oder? Anstrengend dagegen zu argumentieren, anstren-

gend sich für die Sache dauerhaft einzusetzen. Der Grund, warum ich immer noch lauthals meine Stimme erhebe, sei es in Interviews oder aufgrund der aktuellen Lage auf meinen Social-Media-Kanälen, warum ich immer noch Anti-Rassismus-Workshops gebe und mit meinem Umfeld und darüber hinaus mit Menschen über dieses Thema spreche? Genau wegen dieser Reaktionen. Genau diese Reaktionen sind der Ansporn, den Menschen wie ich brauchen, um in Sachen „Rassismus in Vorarlberg“ nicht aufzuhören und immer weiterzukämpfen. Denn solange Menschen genau dieses Mindset vertreten, während ich und noch viele andere Menschen Erfahrungen wie die oben beschriebenen machen müssen, solange werde ich weiterkämpfen und meine Stimme im Kampf gegen Rassismus erheben. Denn ich mache all das nicht nur für mich selbst, sondern im Namen aller, die aufs Tägliche aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe oder Religion ausgegrenzt, angefeindet, beleidigt und gedemütigt werden. Ich mache es für alle Menschen, die einfach Mensch sein wollen, aber denen dieses Privileg aufgrund verschiedener Faktoren nicht zugeteilt wurde. Aber genug mit dem Pessimismus, oder eher dem Realismus. Um dem ganzen nun ein positives Ende zu geben: Es tut sich was. Menschen nehmen es nicht mehr einfach so hin, Rassismus zu erleben und erleben zu lassen. Die Sensibilität der Menschen hier in Vorarlberg steigt stetig an. Nicht bei allen, aber bei genug. Diese Entwicklung erwärmt mir das Herz und macht mich stolz auf alle die unermüdlich weiterkämpfen – damit die Utopie einer Rassismus-freien Gesellschaft keine Utopie mehr bleibt.

*Noreen Mughal Schülerin, die derzeit maturiert, und Aktivistin. Sie hält Anti-Rassismus-Workshops an Schulen ab, um die Schüler*innen aktiv für das Thema zu sensibilisieren. Ihre Abschlussarbeit hat sie über die Gründe für rassistisches Denken geschrieben.*

ES IST WIE EINE ART STAFFELLAUF

Die Journalistin Alice Hasters hat mit „Was weiße Menschen nicht über Rassismus hören wollen, aber wissen sollten“ einen Bestseller geschrieben. Ein Gespräch über das Erfahrungswissen von BIPOC (Black, Indigenous & People of Color) als Analysewerkzeug und wie sich die Rassismusdebatte verändert hat.

Interview: Vina Yun

Ihr Buch richtet sich explizit an eine weiße Leser*innenschaft. Wie reagieren denn weiße Menschen auf den Buchtitel?

Ich hatte nicht vor, das Buch so zu nennen, aber der Verlag wollte einen expliziten Titel. Anfangs hatte ich ein bisschen Bauchweh und die Sorge, dass sich nicht-weiße Leser*innen gar nicht angesprochen fühlen werden. Aber natürlich gibt es Anliegen, die weiße Menschen hören müssen, weil sie im Kontext von Rassismus in einer Machtposition sind.

**DAS BUCH ZU SCHREIBEN
WAR DEFINITIV
AUCH EIN
EMPOWERNDER PROZESS.**

Ich bin mir auch sicher, dass das Buch nicht so erfolgreich wäre ohne diesen Titel. Er wirkt wie eine Art Selffulfilling Prophecy – weiße Menschen reagieren nämlich so, wie ich es auf den ersten Seiten des Buchs beschreibe: Man kann nur schwer mit ihnen über Rassismus reden, weil sie sehr emotional und abwehrend reagieren und sich sofort selbst ins Zentrum der Diskussion stellen.



„Man kann nur schwer mit weißen Menschen über Rassismus reden, weil sie sehr emotional und abwehrend reagieren und sich sofort selbst ins Zentrum der Diskussion stellen.“

Im Buch haben Sie sehr viel Wissen zusammengetragen und weisen wiederholt auf die Arbeiten etwa von Schwarzen Autor*innen hin, die bereits seit Jahrzehnten kritische Analysen zu Rassismus formulieren. Wie erschöpfend aber auch empowernd war es, an diesem Buch zu arbeiten?

Bücher zu schreiben ist generell anstrengend, aber für mich war es defi-

nitiv auch ein empowernder Prozess. Ich glaube, das spürt man auch beim Lesen. Viele Menschen, die täglich mit Rassismus konfrontiert werden, haben nicht den Raum und die Zeit dafür oder ein Publikum, das ihnen zuhört. Daher empfinde ich es als Privileg, dass ich dieses Buch schreiben konnte.

Die Bücher zum Thema, die ich bisher gelesen habe, sind zwar inhaltlich wahn-



„Niemand wünscht sich, dass es Rassismus gibt. Aber man muss begreifen, dass Rassismus nicht einfach mit guten Intentionen verschwindet, sondern es tatsächlich Arbeit ist.“

sinnig interessant, aber meist schwer zugänglich, weil sie oft sehr akademisch sind. Oder es sind Bücher, die emotional aufgeladen sind und spannende Anekdoten liefern, jedoch ohne Einordnung in größere Zusammenhänge. Diese Dinge hängen aber zusammen, ich wollte hier eine Brücke schlagen.

Die eigene Biografie zum Ausgangspunkt für eine Analyse zu machen, spielt bei vielen neueren Veröffentlichungen zum Thema eine wichtige Rolle. Zugleich gibt es die Erwartungshaltung an die Betroffenen, dass sie ihre Unterdrückung erklären und jene erziehen sollen, von denen Rassismus aktiv ausgeht – eine Arbeitsteilung, wie man sie oft zwischen weißen Menschen und BIPOC erlebt. Viele BIPOC lehnen diese Rolle ab, Sie hingegen haben mit dem Buch diese Aufgabe ganz bewusst angenommen.

Für mich ist klar: Was ich im Buch mache, kann ich abseits dessen nicht leisten. Man kann mir auf Lesungen oder in Interviews wirklich jede Frage stellen – würden mir dieselben Fragen im Alltag begegnen, würde ich die aber nicht

unbedingt beantworten. Es würde mich extrem aufhalten, bei jedem Kommentar, bei jeder Mikroaggression groß auspacken und Nachhilfe zu geben. Vor allem finde ich es eine Zumutung zu erwarten, dass alle Menschen, die Rassismus erfahren, das können. Nur weil man von einer bestimmten Diskriminierungsform betroffen ist, heißt das nicht, dass man da durchsteigt, eine

**WIE FINDET MAN EINE
SPRACHE FÜR BESTIMMTE
IDENTITÄTEN,
BESTIMMTE DYNAMIKEN?**

Sprache und Haltung dafür entwickelt hat. Die muss man sich ja auch erst erarbeiten.

Mich interessiert das Thema und ich werde auch dafür bezahlt. Das Ziel muss aber natürlich sein, dass diese Aufklärungsarbeit im Alltag weniger wird. Das Buch soll dazu beitragen. Und ich glaube auch, dass es was bringt, sonst würde ich was anderes machen. Ich finde es vollkommen verständlich, wenn man diese Arbeit nicht machen möchte. Niemand ist dazu verpflichtet. Das bedeutet

ZUR PERSON

Alice Hasters

wurde 1989 in Köln geboren. Sie studierte Journalismus in München und arbeitet u. a. für die „Tagesschau“ und den „RBB“. Mit Maxi Häcke spricht sie im monatlichen Podcast „Feuer&Brot“ über Feminismus und Popkultur. Alice Hasters lebt in Berlin.

aber in der Konsequenz, dass man das Wissen nicht weitergibt, niemand anders wird von dem Wissen profitieren.

Sie sagen: Wir lernen nicht, über Rassismus zu reden oder wie wir über ihn sprechen können. Ihr Buch ist im Herbst 2019 erschienen, vor der internationalen Protestwelle in Folge der Ermordung von George Floyd. Hat sich das Sprechen über Rassismus seitdem verändert?

Im Sommer 2020 gab es einen Vorstoß, den ich im deutschsprachigen Raum so noch nicht gesehen habe. Was Deutschland betrifft, sind hier viele Dinge zusammengekommen, etwa der erschütternde Anschlag in Hanau, der medial aber dann von Corona verdrängt wurde. Es wurde nicht darüber geredet, was hier eigentlich passiert war. Die Wut und Trauer darüber haben sich in die Black-Lives-Matter-Proteste eingelagert, die Leute gingen auf die Straße und sagten: Jetzt reicht's! Was danach kam, ist, dass beispielsweise viele neue Initiativen und Organisationen gegründet wurden. Mein Gefühl ist: Das Gespräch über Rassismus ist nicht mehr wegzukriegen,

man kommt nicht mehr dran vorbei. Ich glaube auch, dass Antirassismus bei den kommenden Bundestagswahlen ein wichtiges Thema sein wird. Gleichzeitig haben wir Buchveröffentlichungen von Sahra Wagenknecht und Judith Sevinç Basad oder die Übersetzung des Bestsellers von Caroline Fourest. Hier werden „Identitätspolitik“ und „Cancel Culture“ zu Kampfbegriffen. Wir erleben auf der Diskursebene eine Täter*innen-Opfer-Umkehr – kaum nachdem wir ein bisschen nach vorne gegangen sind und dabei waren, einen Rassismusbegriff zu etablieren, der Rassismus eben nicht als Rechtradikalismus begreift, sondern als strukturelle Ungleichheit, die die Gesellschaft durchzieht. Ich finde es wirklich tragisch, dass ein Narrativ wie „Identität vs. Klassenkampf“ aufgebaut wird. Das ergibt für mich überhaupt gar keinen Sinn.

Es sind viele Ungleichzeitigkeiten zu beobachten. Nora Räthzel und Anita Kalpaka gaben schon 1986 den Band „Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein“ heraus, in dem institutioneller und Alltagsrassismus zusammengedacht wurden. In Österreich haben in den 2000er-Jahren linke Migrant*innen den vorherrschenden „moralischen Antirassismus“ kritisiert. Doch erst seit dem gewaltsamen Tod von George Floyd sprechen bürgerliche Medien von „systemischem Rassismus“.

Vieles, was wir heute diskutieren, wurde schon vor 35 Jahren formuliert (*Die Anthologie „Farbe bekennen“*, herausgegeben von May Ayim, Katharina Oguntoye und Dagmar Schultz erschien 1986, Anm.), und ich kann verstehen, dass das ein frustrierendes Gefühl ist, dass sich gerade alles wiederholt, als wäre es neu. Meine Arbeit wäre nicht möglich gewesen ohne die Arbeit derjenigen, die schon in den 1980ern dazu geschrieben haben. Ich stelle es mir als eine Art Staffellauf vor. Es ist sehr wichtig, die bisherige Arbeit anzuerkennen, aber ebenso

ist wichtig zu sehen, dass man die Diskussion trotz allem weiterführen muss. Aber ich würde mir eine bessere intergenerationale Zusammenarbeit und eine bessere transnationale Vernetzung wünschen aufseiten der antirassistischen Bewegung.

Ihr Buch macht sehr deutlich, wie sich Rassismus auf sämtliche Lebensbereiche niederschlägt, sei es Schule, Alltag, intime Partnerschaften, Familienbeziehungen – aber auch, wie wir uns selber sehen. Im Buch thematisieren Sie, wie sich Ihre eigene Selbstwahrnehmung durch die Recherche und das Schreiben verändert hat. Wo stehen Sie derzeit im Prozess?

Oft beschreiben Leute einen Moment: als seien sie aufgewacht – daher auch der Begriff „woke“ – oder als würde es ihnen wie Schuppen von den Augen fallen. Mir geht es nicht so. Es ist eher wie eine Linse, die zunehmend schärfer

**VIELES, WAS WIR HEUTE
DISKUTIEREN,
WURDE SCHON VOR
35 JAHREN FORMULIERT.**

zieht: Die Dinge waren schon die ganze Zeit da, aber erst jetzt wird das Bild klarer und ich kann immer mehr sehen. Nicht, weil die Sachen plötzlich auftauchen, sondern weil ich sie davor nicht richtig greifen konnte. Dieses Anpassen und „Ich komme durch, indem ich das mache, was von mir verlangt wird“, das funktioniert für mich nicht mehr. Mit diesem Gedanken endet das Buch.

Aber es gibt noch sehr viel zu entdecken und in meinem Kopf raucht es immer noch: Wie findet man eine Sprache für bestimmte Identitäten, bestimmte Dynamiken? Wo gibt es Gemeinsamkeiten, wo Unterschiede? Wie kann man eine Debatte führen und zweifeln oder die Meinung ändern? Gerade habe ich das Gefühl, dass ich versehentlich in eine Diskussion über Identitätspolitik stolpere, was ich aber gar nicht will, das wird

mir von außen zugetragen. Das ist, was mich derzeit herausfordert: nicht nur auf Zurufe zu reagieren.

Warum lohnt es sich für weiße Angehörige der Dominanzgesellschaft, sich mit Rassismus auseinanderzusetzen?

Niemand wünscht sich, dass es Rassismus gibt. Aber man muss begreifen, dass Rassismus nicht einfach mit guten Intentionen verschwindet, sondern es tatsächlich Arbeit ist. Gerade weiße Menschen empfinden oft Scham, sie geraten in eine Verteidigungshaltung und sind frustriert, dass man sie nicht priorisiert. Ich sage nicht: Ihr dürft euch nicht so fühlen, sondern eher: Ihr fühlt euch vielleicht so, aber das ist nicht das Wichtigste. Wichtig ist das Ziel, das dahintersteht. Ich fände es schön, wenn da mehr Leute hinkommen würden. Gerade im Kontext von Rassismus kommt weißen Menschen eine besondere Verantwortung zu – aber sie sind nicht die einzigen, die sich damit auseinandersetzen müssen, wir alle beschäftigen uns damit. Es geht also darum zu erkennen: Ich habe eine ganz klare Verantwortung, aber es geht nicht um mich. Dazu und zum Thema Privilegien gibt es wunderbare Literatur. Manche denken, ich habe einfach nur dagesessen und mir irgendwie ein paar Gedanken gemacht für mein Buch – nein, ich habe gelesen! Und ich tue es weiterhin. Zu lesen, sich zu informieren hilft, davon bin ich überzeugt.

Vina Yun ist freie Journalistin, (Comic-)Autorin und Öffentlichkeitsarbeiterin in Wien.



Alice Hasters
Was weiße Menschen nicht über Rassismus hören wollen, aber wissen sollten.
Verlag hanserblau,
2019

ANTI-RASSISMUS IM NACHRICHTEN- GESCHÄFT

In den letzten Monaten ist viel über die Partizipation von Menschen mit Migrationsgeschichte in den Medien publiziert worden. Ein Rückblick auf unsere Initiativen in Österreich, das Bild von Einwander*innen in den Medien durch Teilhabe mitzubestimmen.

Text: simon INOU

Die Wiener Zeitung ist derzeit in aller Munde. Die älteste noch erscheinende Zeitung der Welt ist in Gefahr zugesperrt zu werden. Die ÖVP-Grüne Bundesregierung will die Publikation der Zeitung ab 2022 in dieser Form und in Print beenden. Als Grund wird dafür angegeben, dass die Pflichtinserate im Amtsblatt der „Wiener Zeitung“, die einen großen Teil der Einnahmen ausmachen, ausgelagert werden. Hoffen wir, dass diese Zeitung uns erhalten bleibt.

black austria
Damit Schwarze Menschen in Österreich ein Leiberl haben.

Wäre ich schwarz, hätte ich kein Leiberl.
Dado Roscic

Scheinasylantin

Alle Beteiligten arbeiten unentgeltlich. Falls Sie unsere Öffentlichkeitsarbeit unterstützen möchten, würden wir uns freuen. Kto. Nr. 403 464 19019, BILZ 42000

T-Shirts gibt's auf www.blackaustria.at

Eine von vielen erfolgreichen Kampagnen, die der Journalist und Aktivist simon INOU mit angestossen hat.

Die Pionierarbeit der Wiener Zeitung

Nur wenige Menschen wissen, dass die Wiener Zeitung die allererste Zeitung war, die sich im Herzen der damaligen Schwarz-Blauen Koalition nach dem Tod von Marcus Omofuma (1. Mai 1999 unter Schwarz-Rot) durch Polizeigewalt klar positioniert hatte. Sie produzierte damals monatlich eine vierseitige Afrika-Beilage von in Wien ansässigen afrikanischen Journalist*innen. Das Projekt „Tribüne Afrikas Print“ (die erste Schwarze Zeitschrift in Österreich), produziert von Radio Afrika, startete im März 2000 und lief bis April 2004. Ziel war es, eine ausgewogene Berichterstattung im Bezug auf Menschen afrikanischer Herkunft in Österreich zu ermöglichen. Diese Beilage der Wiener Zeitung leitete ich als Chefredakteur mit einer Gruppe anderen Journalist*innen und Studierenden, die bei Radio Afrika beschäftigt waren. Die Themen waren vielfältig: Von der gesellschaftlichen Inklusion von Menschen afrikanischer Herkunft in Österreich, über die kritische Betrachtung der österreichischen Entwicklungspolitik in Afrika bis hin zum aktiven Thematisieren von kulturellen Beziehungen zwischen Österreich, Afrika und deren Diaspora. Das bot für uns die Möglichkeit, in der Zeitung der Republik über Anti-Rassismus-Arbeit aus unserer Perspektive zu berichten. Auch wenn die Wiener Polizei damit nicht immer glücklich war. In der Ausgabe Nummer 6 im September 2000 schrieben wir über die rassistische Attacke auf den in Österreich lebenden Sudanese Stevenson Anthony Maw mit seinem Kind. Maw beschrieb in einem Beitrag, dass anwesende Polizist*innen zugesehen haben ohne etwas zu unternehmen. Als Chefredakteur war ich der Meinung, wir sollten ein Selbstverteidigungskomitee gründen. Der Polizeipräsident sah meine Position als eine



Ziel verschiedener Initiativen im Medienbereich: eine ausgewogene Berichterstattung in Bezug auf Menschen afrikanischer Herkunft in Österreich zu ermöglichen.

subjektive Meinung an und betonte die Rolle der Polizei: Sicherheit für Alle. Für ihn war die Polizei nicht rassistisch. Später wurden wir wegen unserer kritischen Berichte über die österreichische Entwicklungszusammenarbeit mehrmals ins Außenministerium zitiert. Wegen eines kritischen Artikels strich man Radio Afrika sogar die Finanzierung eines Projekts, das bereits genehmigt war. Alexis Neuberg, der damalige und heutige Leiter von Radio Afrika TV fand das bedauerlich für eine Demokratie.

Nein zu Gefälligkeitsjournalismus

Im Jahr 2009 war ich Projektleiter von „MigrantInnen schreiben für Die Presse“. Die Redaktion wollte damals den 10. Todestag von Marcus Omofuma gedenken. Ich verfasste eine Chronologie der polizeilichen Misshandlungen von Schwarzen Menschen in Österreich. Nach dem Erscheinen wurden ich und die damalige Chefredakteurin Clara Akinyosoje ins Innenministerium eingeladen. Als Ko-Finanzier des Projekts wollte man wissen, warum wir das auf

der Seite, auf der sich auch ein Logo des BMI befand, berichteten. Unsere Antwort: Weil es um Fakten geht und wir keinen Gefälligkeitsjournalismus in der „Presse“ machen.

Migrant*innen schreiben für die „Die Presse“

Wie hatte sich die Situation ein paar Jahre später entwickelt? Auf der einen Seite gab es die Mainstream-Medien, deren Berichterstattung über Menschen mit Migrationsgeschichte überwiegend problemorientiert war. Auf der anderen Seite gab es eine sehr aktive interkulturelle Medienlandschaft. (Wir nennen sie „interkulturelle Medien“ statt „Community Medien“.) Beide Welten hatten ihre Existenzberechtigung. Was fehlte, war eine Brücke zwischen beiden. Es ging darum, beide Seiten aus ihren eigenen Ghettos zu befreien. Statt den Diskurs in den jeweiligen Ghettos zu belassen war es für mich als Projektleiter von M-MEDIA (Verein zur Förderung interkultureller Medienarbeit, der bis heute aktiv ist) wichtig, eine Brücke zwischen

diesen aufzubauen. Das Ziel des Projekts war es u.a. die Bilder von Einwander*innen durch journalistische Teilhabe mitzubestimmen. Ziel war es, ein Printmedium zu finden, das unabhängig von der Redaktion eine vierseitige Monatsbeilage produziert. Fast alle lehnten ab. Michael Fleischhacker, damals Chefredakteur der „Presse“ meinte hingegen bei unserem ersten Treffen: „Dieses Projekt wird auch unserer Redaktion dabei helfen, die Migrant*innen besser zu verstehen und über sie zu berichten.“ Somit war das Projekt geboren. Statt einmal vier Seiten pro Monat ließ Fleischhacker uns eine Seite pro Woche produzieren. Und noch ein wichtiger Schritt: Es gab Seminare innerhalb der Presse, und Redakteur*innen wurde es möglich, auch Stammmitglieder der Redaktion zu sein.

Das Ergebnis: 40 Journalist*innen, Fotograf*innen, Karikaturist*innen arbeiteten in fünf Jahren an 700 Artikel. Das ist einmalig in der österreichischen Mediengeschichte. Von ihnen sind bis heute drei als feste Redakteur*innen bei der „Presse“ beschäftigt. Das Projekt erhielt nationale und internationale Auszeichnungen. Ich wurde auch mehrmals nach Deutschland eingeladen, um das Projekt vorzustellen. Der aktuelle Chefredakteur der Presse, Rainer Nowak, beendete das Projekt. Die Begründung damals gegenüber Clara Akinyosoye und mir war: „Sebastian Kurz habe bei einem Treffen erklärt, er wolle das Projekt nicht mehr finanziell unterstützen.“ Auf meine Frage, was Rainer Nowak getan habe, um die Kooperation zu verteidigen, erhielt ich keine Antwort. Aber dazu muss man auch sagen, dass ich damals abgelehnt hatte, die Chefredakteurin zu entlassen, wie die Entourage von Kurz das wollte. Ihre kritischen Berichte waren dem damaligen Staatssekretär für Integration offenbar ein Dorn im Auge.



Kampagne gegen das Logo von Meinl (gemeinsam mit M. Wailand, Toledo i Dertschei). Meinl reagierte und änderte das Sujet.

Politische Rahmenbedingungen

Ohne die richtigen politischen Rahmenbedingungen sowie die Bereitschaft von Entscheidungsträger*innen in Medienunternehmen wäre ein Projekt wie M-MEDIA nicht geboren worden. Im Jahr 2007 initiierte der damalige Innen-

IN ALLEN JOURNALISMUS-AUSBILDUNGEN SOLLTE ANTIRASSISMUS ALS PFLICHTFACH KOMMEN.

minister Günther Platter die Taskforce Integration. Sie veröffentlichte Anfang 2008 den Integrationsbericht „Gemeinsam kommen wir zusammen“. Obwohl der Bericht nicht explizit von Rassismus sprach, zeigte er Diskriminierungen auf und die Notwendigkeit, diese zu bekämpfen. In ihrem Kapitel „Kultur und Medien“ zeigten Wilhelm Sandrisser (BMI) und Hans Winkler (Kleine Zeitung) auf, welche wichtige Rolle Medien im Integrationsprozess spielen. Die Autoren zitierten auch Positionen

von M-MEDIA und damit unsere Forderungen: „Migranten aus der Rolle von Opfern oder Tätern, von Objekten der Berichterstattung oder auch der Wohltätigkeit herauszubringen.“ Bei der Gründung des Vereins im Jahre 2005 war unser primäres Ziel jenseits der Problembereichterstattung zu agieren und Migrant*innen als aktive Gestalter*innen unserer Gesellschaft zu zeigen.

Zur Zukunft

Damit Inklusion rascher geht, sollte eine gezielte und vom Staat finanzierte Inklusionspolitik in den Medien stattfinden. Eine Möglichkeit wäre, im Bereich der Presseförderung jene Medien zu fördern, die sich zur Diversitätspolitik bekennen. Zudem sollte in allen Journalismus-Ausbildungsstätten Rassismus und Antirassismus im Nachrichtengeschäft als Pflichtfach eingeführt werden. Zuletzt sollten auch Interkulturelle Medien wissenschaftlich gefördert werden, um zu ermöglichen, dass wir in Österreich den Mainstream-Medien entgegenwirken. Gerade sie produzieren sehr oft eine problematische Fremddarstellung, die die Stimmung massiv beeinflusst.

simon INOU ist Journalist, Bildungs- und Antirassismus-Aktivist. Er ist ehemaliger Chefredakteur von Radio Afrika, Tribüne Afrikas Print in der Wiener Zeitung (1999-2004); Projektleiter des Medienprojekts „Migrantinnen schreiben für die Tageszeitung Die Presse“ (2007-2012); Initiator der Anti-Rassismus Kampagne „Mein-Julius“ (2006/07) und von #NoMohr (2012) sowie der Werbekampagne BLACK AUSTRIA (2007/08). Seit 2014 ist er Herausgeber von „fresh, Black Austrian Lifestyle Magazine“ und Leiter des Projekts „Diskriminierungsfreie Schulbücher für Österreich“ (2014-2016). Derzeit arbeitet er als Radioproduzent und leitet die Ausbildung und Diversity-Abteilung bei Radio ORANGE 94.0

NÜTZT PRIVILEGIEN FÜR BESSERE WELT!

Über den Rassismus und die Vorurteile mit denen Menschen konfrontiert werden, die nicht so aussehen wie die Mehrheitsgesellschaft, rappt die Öztalerin Nenda in ihrem Debütsong „Mixed Feelings“. Mit uns hat sie über Identität, Zugehörigkeit, Alltagsrassismus und ihr Leben zwischen der Tiroler Provinz und Großstadt London gesprochen.

Interview: Magdalena Stern

Fotos: Sophie Holden

In deinem Song geht es um Zugehörigkeits- und Identitätsfragen. Du bezeichnest dich selbst als „Mixed chick“; aufgewachsen im kleinen Dorf im Öztal, nie zugehörig, weil nicht weiß genug und dann umgezogen nach London, wo du seit Jahren lebst. Was bedeutet „Mixed Feelings“ für dich?

Der Song ist eine Verarbeitung von vielen verschiedenen Dingen. Entstanden ist er aus der Auseinandersetzung mit den Fragen, die mir in meiner Kindheit und Jugend und auch heute noch aufgrund meines Aussehens so oft gestellt wurden. Dazu gehört besonders oft die Frage danach, wo ich denn „wirklich“ herkäme. Weil ich eben nicht so aussehe wie alle anderen Leute im Dorf. Ich musste und muss mich ständig erklären und werde nicht einfach für das akzeptiert was ich bin. Das macht was mit einem jungen Menschen. Bei mir hat das als Kind soweit geführt, dass ich irgendwann selber daran gezweifelt habe, ob der Architekt Neururer denn nun wirklich mein Opa ist. Aber natür-



„Sich ständig erklären zu müssen, macht etwas mit einem jungen Menschen.“

lich ist er das. Das wurde nur immer in Frage gestellt und das hatte massive Auswirkungen auf mein Selbstvertrauen.

Welche Reaktionen hättest du dir gewünscht?

Ich würde mir wünschen, dass Leute grundsätzlich aufhören so persönliche Fragen zu stellen bevor sie jemanden kennen. Die allererste Frage war so oft: „Woher sind deine Eltern?“ Da wissen Leute noch nicht einmal meinen Namen und wollen schon wissen, warum ich so aussehe, wie ich aussehe. Es hätte mir damals glaube ich auch sehr geholfen, wenn ich Vorbilder gehabt hätte, die auch anders aussehen und nicht dazugehören. Das hat es damals im Ötztal nicht

ES HÄTTE DAMALS GEHOLFEN, WENN ICH VORBILDER GEHABT HÄTTE, DIE AUCH NICHT DAZUGEHÖREN.

gegeben und das war schwierig. Ich hoffe, dass das heute aufgrund des Internets schon etwas anders ist und es für junge Leute einfacher ist Menschen zu finden, mit denen sie sich identifizieren können.

Besonders eindrücklich verarbeitest du das gerade Beschriebene in der Songzeile: „Aber checksch du, Tirol/ Dass i es Land verlassn hab/ Weil mi zu viele Leit fragen/ Ob I deitsch sprechen kann/ Weil mi die Leite fragen/ Wo meine Wurzeln sein/ Unds ma dann nit glabn/ Wenn I sag im Ötztal drein.“ War es für dich leichter, dich in London zugehörig zu fühlen?

Ja, auf jeden Fall, weil ich dort als „light-skinned“ gelte. In London bin ich die Privilegierte und da habe ich selten irgendwelche Probleme. Also, dass Leute mich fragen woher ich komme, kommt dort eher von der Schwarzen Community, weil es oft ein Interesse daran gibt, ob wir vielleicht eine ähnliche Herkunftsgeschichte haben. Aber im Grunde ist es in London einfacher für mich, weil



Für ein Schauspielstudium nach London gegangen. Dort gilt Nenda als „light-skinned“.

die Bevölkerung dort viel gemischerter ist. Ich habe dort mit meiner Hautfarbe das große Privileg einfach in Ruhe gelassen zu werden, während die Schwarze oder Südasiatische Community dort von der Polizei beispielsweise schon anders behandelt wird.

War der erlebte Rassismus in der Kindheit der Hauptgrund nach London zu gehen?

Ich bin hauptsächlich wegen meinem

Schauspielstudium nach London gegangen. Und auch, weil ich etwas anderes erleben und woanders leben wollte. Ich glaube, dass ich schon auch einfach weg wollte von dem Ganzen, aber das war damals noch eher unbewusst. Rassismus gibt es an beiden Orten, also sowohl in London als auch in Tirol. In großen Städten fühlt man sich vielleicht etwas wohler als Person of Color, weil es dort mehr Menschen gibt und deshalb auch mehr Menschen, die ausschauen

wie man selber. Das bedeutet aber eben nicht, dass es weniger Rassismus gibt.

In einer Szene in dem Musikvideo zu „Mixed Feelings“ kombinierst du Grillz (ein Schmuckstück, das über den Zähnen getragen wird, Anm.) und Dirndl. Wie wichtig war es dir, mit dem Song auch gängige Klischees über Tirol herauszufordern?

Ich wollte damit zeigen, dass man es mit diesem „Gemischt-sein“ immer genau verkehrt und nie richtig macht. Wenn ich am Land die Grillz trage, dann schauen mich alle fragend an und wenn ich in London mit dem Dirndl auf der Straße gehe, dann würde genau das gleiche passieren. Deshalb habe ich mir gedacht: Man kann es eh nie richtig machen, dann mache ich es jetzt absichtlich falsch.

Welche Rückmeldungen hast du bisher auf deinen Song und dein Video bekommen?

Bis jetzt waren die Rückmeldungen nur positiv und das freut mich sehr, weil das ja schon auch oft in eine andere Richtung gehen kann. Viele Menschen haben mir geschrieben, dass ich ihnen aus der Seele spreche und dass sie sich gesehen fühlen und das ist für mich das Allerwichtigste. Besonders berührt hat mich die Nachricht einer Mutter, deren Kind auch gemischt ist und die mir geschrieben hat, dass ihre Tochter das Video gesehen hat und dann am nächsten Tag zum ersten Mal mit offenen Haaren in den Kindergarten gegangen ist. Das ist so schön für mich, dass ich diesen Kindern Mut geben kann, einfach sie selbst zu sein. Vor allem, weil ich das in meiner Kindheit nicht hatte.

Du bist Sängerin und Schauspielerin. Wie ergeht es dir seit Beginn der Corona-Pandemie?

Als die Pandemie begann, war ich gerade im zweiten Probenstag für ein Stück, das im Sommer 2020 Premiere gehabt

hätte. Bis heute weiß ich nicht, ob wir das Stück jemals spielen werden. Ich konnte letztes Jahr in zwei Kurzfilmen und einer Serie mitspielen, aber das Theater erwacht erst jetzt wieder langsam zum Leben.

Dein Song ist auch ein starkes gesellschaftspolitisches Statement. Was würdest du dir von der weißen Mehrheitsgesellschaft wünschen, damit Kinder, die als Person of Color geboren werden und in Österreich aufwachsen, nicht die gleichen ausgrenzenden und rassistischen Erfahrungen machen müssen wie du?

Für mich ist Bildung der Schlüssel. Das beginnt damit, dass man sich einlesen sollte in Bücher, wie die von Natasha A. Kelly und vieler anderer, die schon seit Jahren zu den Themen publizieren.

**VIELE MENSCHEN HABEN
MIR GESCHRIEBEN,
DASS ICH IHNEN AUS DER
SEELE SPRECHE.**

Es ist möglich sich weiterzubilden und zu überlegen, was man machen könnte, um alle zu inkludieren. Und das ist ja nicht nur in Bezug auf Rassismus wichtig, sondern auch für die Trans-Community, für alle non-binary Menschen. Ich finde es ist sehr wichtig zu verstehen, dass das eigene Privileg nicht heißt, dass irgendetwas falsch gemacht wird oder man an etwas schuld ist. Vielmehr sollte es dazu führen, dass Menschen sich überlegen, wie dieses Privileg genutzt werden könnte, um eine bessere Welt für alle zu schaffen. Da liegt noch viel Arbeit vor uns, weil sich viele Personen angegriffen fühlen, wenn man sie auf ihre Privilegien anspricht. Dabei soll das kein Angriff sein, sondern eine Bitte, die Gesellschaft besser zu machen. Ich glaube auch, dass im Bildungssystem großes Verbesserungspotential liegt. Ein Beispiel dafür ist für mich, wie die Geschichte von Schwarzen Menschen er-

zählt wird. Ich kann mich noch genau erinnern, wie das damals im Geschichtsunterricht war. Da ist der weiße Mann nach Amerika gegangen, um das neue Land, die neue Welt zu entdecken und der Schwarze Mann, das war der Sklave. Und dabei hatten zum Beispiel auch Schwarze Menschen Königreiche. Davon hört man meistens nur leider nichts im Geschichtsunterricht. Das ist einfach eine falsche Repräsentation, die nichts Gutes für Kinder und Jugendliche tut.

Vor kurzem hast du deinen neuen Song „Borders“ präsentiert. Dieser handelt von willkürlichen Grenzregimen, privilegierten Töchtern und verhandelt auch die brutale Abschiebung von Tina. Wie kam es dazu?

Fabian Somnavilla, ein alter Bekannter von mir, hat das kürzlich erschienene Buch „55 kuriose Grenzen und 5 bescheuerte Nachbarn“ geschrieben und mich gebeten, dazu einen Song zu schreiben. Für den Song habe ich mir dann eine der Grenzgeschichten aus dem Buch ausgesucht. In der Geschichte geht es um einen Vater, dessen Tochter unbedingt eine Prinzessin sein will. Daraufhin beschließt er nach Afrika zu fahren und dort irgendwo zwischen Ägypten und dem Sudan ein Stück Land zu kaufen. Schrägerweise ist das eine wahre Geschichte, die 2014 passiert ist. Disney wollte sogar einen Film darüber machen, hat die Idee nach einem Shitstorm dann aber zurecht wieder aufgegeben. Und dann geht es im Song eben auch um Tina, die im Jänner 2021 abgeschoben worden ist und meine Gedanken dazu. Im Song klingt das dann so: „Now she in a country where she don't know anybody/ Do I have to tell you bluntly that your deportations dumb/ In Österreich geboren und die Leit sein halb erfroren/ Wie sie sitzn und sich anhorchn müssen/ Jetzt winkts ihr noch ein letztes Mal zu/ Our honorary people in blue/ She's really not the problem, it's you/ Sie hat die gleichen Rechte wie du!“

A BLACK FASHION REVOLUTION

Leni und Cherrelle Charles machen inklusive Mode. Aber eigentlich noch vielmehr. Ihr Label Kids of the Diaspora ist auch Kulturplattform und künstlerische Schnittstelle und leitet eine Revolution ein, die friedlicher nicht sein könnte.

Text: Eva Rottensteiner

„Ich sehe mich selbst als Kind der Diaspora. Meine Wurzeln reichen von Nigeria über Tschechien nach Österreich – mir ist bewusst, welcher kulturelle Reichtum in meinen Genen liegt. Wenn du mich fragst, wo ich mich zugehörig fühle, werde ich sagen: „Ich bin nicht 100% österreichisch, nicht 100% tschechisch und nicht 100% nigerianisch – aber ich bin mir sicher, dass ich 100% dazwischen bin. Und ich weiß, dass es viele gibt, die gleich fühlen.“ So lautet der Instagram-Post von Leni Charles, mit dem alles begann. Eigentlich hatte die Art-Direktorin und Designerin nie vor, ein Modelabel zu gründen. Mit „Kids of the Diaspora“, kurz KOTD wollte sie 2016 eine Plattform für all jene gründen, die auf der Suche nach ihrer Identität sind. Es sollte ein Ort der Empathie und der Zugehörigkeit werden. Ein Ort, der dieses „dazwischen“-Gefühl sichtbar macht, das sie in ihrem Posting beschreibt. Aus dem ursprünglichen weißen Ambassador-Shirt ist 2018 schließlich eine ganze Kollektion geworden, die „Bloodline Collection“.



„Kids of the Diaspora“-Gründerin Leni Charles über KOTD: „Es sollte ein Ort der Empathie und der Zugehörigkeit werden, der dieses „dazwischen“-Gefühl sichtbar macht.



KOTD wird von Wien über New York bis Südafrika getragen.

Poetische Bewegung

Mittlerweile ist KOTD eine poetische Bewegung mit zwei Modekollektionen, verschiedenen Videoproduktionen und einer ganzen Menge Fans von Wien bis nach New York und Südafrika. Ihre Kleider werden von Musiker*innen wie Joy Denalane, Sido oder Nazar getragen und waren schon auf der Pariser Fashion Week zu sehen. Im April hat das Modelabel zudem die Kostüme der Theaterproduktion „City of Diaspora“ im Wiener Brut gestaltet. Und auch Le-

nis Schwester Cherrelle, Schauspielerin und Casting Direktorin, ist inzwischen ins Unternehmen eingestiegen. Ihre Inspirationen holen sie sich von der zeitgenössischen Diaspora. Damit sind auf der Welt zerstreute kulturelle, religiöse, ethnische oder nationale Gemeinschaften gemeint, die laut Duden als Minderheiten leben. Von dem Begriff Minderheit halten die zwei Schwestern aber gar nichts. „Er impliziert einen Vergleich gemessen an einer Mehrheit. Doch wer entscheidet, was die Mehr-

heit ist? Gleichzeitig verbindet man das Wort mit etwas Minderem, also weniger wertvollem. Das macht was mit einem“, erklärt Leni. KOTD will das Konzept der Minoritäten dekonstruieren. Sich als Teil ihrer Bewegung zu begreifen, bedeutet auch die Loslösung einer zugeschriebenen Rolle in einer, von weißen Menschen dominierten Gesellschaft. In ihrem ersten Visual Poem, eine ihrer Videoproduktionen, das im Seattle Pop Culture Museum ausgestellt ist, heißt es: „Ich sah mich immer nur durch die Augen der anderen“. KOTD gibt all diesen Individuen ihre aktive Rolle zurück.

Inklusion für alle

Von der Schrift über die Kollektionstexte bis hin zu den einzelnen Schnitten ist jedes Konzept bis ins kleinste Detail kreativ durchdacht. Sogar die eingenahten Labels hinten an den Kleidern

„ICH SAH MICH IMMER NUR DURCH DIE AUGEN ANDERER.“ VISUAL POEM, SEATTLE POP CULTURE MUSEUM

sind mit Gedichten bedruckt. Der zentrale Ansatz ist dabei immer Inklusion auf allen Ebenen. Das Team ist multiethnisch, die Schnitte sind unisex und die Größen reichen von XS bis XXL. Für ihr neues „Visual Poem“ arbeiten sie mit Künstler*innen, die sich keinem Geschlecht zuordnen. „Auch wenn man unterschiedliche Wunden hat, weiß man wie es sich anfühlt ausgegrenzt zu werden“, sagt Cherrelle. Und deswegen müsse man zusammenarbeiten. „Es klingt so cheesy zu sagen, dass wir alle eins sind, aber es ist eine Tatsache“, fügt sie hinzu. Aktuell arbeiten sie an ihrer neuen Kollektion. Das Herzstück davon ist sogar schon verfügbar. „My Little Black Dress“ ist das kleine Schwarze zu Ehren der Schwarzen Frau, die medial immer unterrepräsentiert war. Genau so wie ihre anderen Kleidungsstücke ist es nachhaltig und fair produziert in ihrem Atelier in Wien.



Cherrelle Charles, Schauspielerin und Casting-Direktorin, arbeitet gemeinsam mit ihrer Schwester Leni Charles, der Designerin und KOTD-Gründerin.

Von und für die Diaspora

Bei KOTD steht die Diaspora und ihre Bedürfnisse im Mittelpunkt, was auch Aufklärungsarbeit bedeutet. Auch wenn das nicht primäres Ziel der beiden Schwestern ist. Mit dem Format „Speak Up“ auf ihrem Instagram-Profil mit mehr als 15.000 Abonnent*innen bieten sie eine Plattform für Menschen aus verschiedenen Diaspora-Communities und deren Themen wie kulturelle Aneignung, Racial Profiling oder die Hautkrankheit Vitiligo. Seit Beginn der Pandemie steht vor allem die Diskriminierung von asiatisch gelesenen Menschen im Zentrum.

So vereint das Label verschiedene Kämpfe, auch wenn Cherrelle betont, dass sie das Wort „Kampf“ nicht verwenden möchte. Den Schwestern ist es wichtig, nicht gegen etwas zu arbeiten, sondern für die Gemeinschaft und für mehr Liebe einzustehen. Deswegen lesen sie auch nicht mehr die ganzen negativen und teils rassistischen Kommentare unter ihren Postings. Cherrelle meint dazu: „Wir haben uns geschworen, dass wir uns auf die Heilung unserer inneren Kinder konzentrieren.“

Black Lives Matter

Manchmal muss man aber doch auf die Straße gehen und kämpfen. 50.000 Menschen haben letztes Jahr im Früh-

jahr die „Black Lives Matter“-Demonstration in Wien besucht. Die brutale Ermordung von George Floyd durch Polizeigewalt in den USA hat weltweit Proteste ausgelöst. Ob sich für die Diaspora in Österreich etwas getan hat seit Black Lives Matter? Auf diese Frage antwortet Cherrelle: „Der Protest hat viele mitgenommen und aufgeweckt. Das darf man nicht klein machen, aber die Frage, ob es besser geworden ist, darf man nicht mehr stellen. Die ist nicht

„AUCH WENN MAN UNTERSCHIEDLICHE WUNDEN HAT, WEISS MAN, WIE ES SICH ANFÜHLT, AUSGEGRENZT ZU WERDEN.“ **CHERRELLE**

realistisch.“ Allein durch einen Protest lasse sich nichts ändern. Wichtig sei, dass danach Aktionen folgen.

Auch für die älteren Generationen war es eine wichtige Zeit. Der Fall George Floyd hat alte Wunden aufgerissen. Seibane Wague starb 2003 bei einem Polizeieinsatz, als ihn die Beamten minutenlang in Bauchlage auf dem Boden fixierten und auf ihn einschlugen. 1999 kam Marcus Omofuma bei seiner Abschiebung ums Leben. Die Beamten haben ihm den Mund zugeklebt, sodass er letztendlich erstickt ist. „People of Colour“ und Schwarze Menschen wer-

den immer noch vermehrt von der Polizei kontrolliert, wie die Studie „Being Black in the EU“ von 2019 bestätigt. Der Studie zufolge kommen Polizeikontrollen aufgrund von Racial Profiling in Österreich sogar am häufigsten vor, wenn man die Situation mit anderen EU-Ländern vergleicht. Die zwei KOTD-Gründerinnen sind überzeugt davon, dass mit der Thematisierung von Rassismuserfahrungen auch die Älteren ihre Traumata heilen können. Gerade zwischen den Generationen sei es wichtig, den Dialog zu führen.

Inklusiver Feminismus

Cherrelles und Lenis Arbeit hat immer wieder Schnittstellen mit der feministischen Bewegung in Österreich. Dabei hat sie wohl auch ihre Mutter geprägt, die Leni und Cherrelle alleine großgezogen hat. Ökonomische Unabhängigkeit wurde großgeschrieben. Laut Cherrelle hat sie das wohl auch zu den Arbeitstieren gemacht, die sie heute sind. „Wir sind nie mit dem Glauben aufgewachsen, dass wir als Frauen dies oder jenes nicht erreichen können, sondern eher, gerade weil wir starke Frauen sind, die Kraft haben, alles zu meistern“, sagt Leni. Auch „My Little Black Dress“ ist eine Produktion, bei der nur Frauen mitgewirkt haben. In der Modebranche ist das keine Selbstverständlichkeit. Sie finden, dass der feministischen Bewegung in Österreich oft die intersektionale Ausrichtung fehlt. Kids of the Diaspora macht die feministische Bewegung inklusiver. Durch das Zusammendenken von Mode und sozialen Missständen sorgt KOTD nicht nur für eine Revolution in der Modewelt, sondern auch gleichzeitig für eine gesellschaftliche. Nicht zuletzt sagt die nicht-binäre Hauptrolle im Theaterstück „City of Diaspora“: „Der einzig aufrichtige Feminismus ist der Afrofeminismus.“

Eva Rottensteiner ist freie Journalistin in Wien mit Fokus auf Kunst, Geschlecht und Gesellschaftspolitik.

KULTURELLE ANEIGNUNG IN ALL IHREN UNSCHÖNEN FACETTEN

Spätestens nach den Black Lives Matter-Protesten 2020 hat die Debatte rund um Cultural Appropriation auch den deutschsprachigen Mainstream erreicht. Während manche dahinter einen Auswuchs falsch verstandener Political Correctness orten, nimmt die Problematik mit der kulturellen Aneignung in Zeiten von QAnon und Querdenkern längst neue, immer bizarrere Formen an.

Text: Tori Reichel

Bei aller Liebe zum Anti-Rassismus: Spätestens beim Thema Cultural Appropriation scheint der Bogen einiger vermeintlich geduldiger weißer Menschen dann doch überspannt, und die Grenze zum Lächerlichen in ihren Augen endgültig erreicht. Einigermaßen lächerlich sind die Beispiele, anhand derer die mediale Debatte rund um kulturelle Aneignung hierzulande geführt wird, dabei tatsächlich oft. Wenn österreichische und deutsche Medien – auch jene, die man allgemein als Qualitätsmedien bezeichnet – zum Thema Cultural Appropriation berichten, dann wird die Thematik meist schon in der Aufmachung mit einer subtilen Note Belanglosigkeit versehen.



Justin Bieber mit Dreadlocks. Was steht dahinter?

Aktuelles Schlagzeilen-Beispiel vom April 2021: Justin Bieber trägt seine Haare (mal wieder) als Dreadlocks auf Instagram zur Schau – und Leute mit viel Freizeit regen sich im Internet darüber auf, dass er sich damit ein Symbol Schwarzer Kultur angeeignet hat. Man weiß dann eigentlich schon im Vorhinein, was einen in den dazugehörigen Kommentarspalten erwartet: Nämlich teils verständnislose, teils überheblich-hämischen Ergüsse vorwiegend weißer Mitbürger*innen. Grundtenor: „Dann sollen sich die Schwarzen aber bitte auch nicht mehr die Haare glätten.“ Gerade auch Leute aus einer liberaleren Schicht zeigen sich oft entgeistert von der Kritik an der weißen Aneignung

fremder kultureller Symbole. Kulturen würden sich doch von jeher gegenseitig beeinflussen, heißt es dann. Wo solle das alles am Ende des Tages hinführen, wenn nicht zur homogenen Reinkultur? Das sei doch letztlich genau das, was auch die extremen Rechten wollen! Man tut sich augenscheinlich schwer, die eigene Machtposition in dieser Debatte überhaupt wahrzunehmen. Jedenfalls funktioniert die romantische Vorstellung von einer Welt, in der Kulturen harmonisch ineinander verschwimmen, aus privilegierter, weißer Perspektive offensichtlich wesentlich reibungsloser und schneller, als aus dem Blickwinkel jener marginalisierten Gruppen, die in der Realität in dieser Welt bis heute nicht auf Augenhöhe mitgestalten können.

Neue Generation, neues Bewußtsein

Spätestens mit den Black Lives Matter-Protesten im Jahr 2020 und der davon losgetretenen, breiteren Debatte rund um mehr Repräsentation hat das Thema der Kulturellen Aneignung hierzu-lande den Mainstream erreicht.

In den vorangegangenen Jahren war das Bewusstsein dafür von einer Generation vorangetrieben worden, die sich via Social Media immer stärker auf das koloniale Erbe sensibilisiert, das sie tagtäglich umgibt, und die sich den Symptomen dieses Erbes am liebsten sofort komplett entledigen würde – manchmal sicher auch mit einem gewissen Übereifer, in dem diese Symptome mehr Aufmerksamkeit bekommen, als die tieferliegenden Probleme dahinter.

Tatsächlich machen Menschen aus unterschiedlichsten kulturellen Backgrounds aber schon seit Jahrzehnten darauf aufmerksam, wie Symbole ihrer Kultur und Spiritualität von einem alles kommerzialisierenden westlichen Mainstream vereinnahmt und verfremdet werden, ohne den Urheber*innen auch nur annähernd angebrachte Anerkennung entgegenzubringen, geschweige denn ihnen einen fairen Teil der daraus entstandenen Profite zuzusprechen.

Westlicher Mainstream und Profite

Gerade wenn es um Popkultur geht, sprechen wir in der Debatte fast immer explizit über das Aneignen Schwarzer Kultur – sei es Sprache, Frisuren, Dance Moves oder die Musik selbst. Was von jeher als primitiv abgewertet wurde, wird immer wieder just zu dem Zeitpunkt akzeptabel, an dem weiße Künstler*innen und die Geschäftsmenschen im Hintergrund damit Geld verdienen können.

Das kommerziell genießbare Endergebnis ist im Normalfall nicht nur seiner Ecken, Kanten und künstlerisch verarbeiteten Diskriminierungserfahrungen beraubt, sondern auch seiner kulturellen Subtexte – teilweise weil die Nachahmer*innen sie als störend empfinden, teilweise weil sie die Wichtig-

MAN TUT SICH SCHWER, DIE WEISSE MACHTPOSITION IN DIESER DEBATTE ÜBERHAUPT WAHRZUNEHMEN.

keit dieser Subtexte gar nicht erst verstehen oder ihnen die Erfahrungen fehlen, um diese überhaupt zu entziffern. Das wiederum liegt sicher mit daran, dass ihre Anknüpfungspunkte zu authentischer Schwarzer Kultur selbst bei sehr viel Wohlwollen in der Realität oft überschaubar sind. Der Soziologe Akwugo Emejulu drückte es im „Guardian“ 2019 so aus: „Für weiße Hipster ist Schwarze Kultur etwas, das man konsumieren will ohne direkt damit in Kontakt kommen zu müssen.“

Die „Reinkultur“ der Rechten

Die vorhin erwähnte extreme Rechte, die einst so auf ihre Reinkultur bedacht schien, ist im Übrigen mittlerweile ganz vorne dabei, wenn es darum geht, die kulturellen Ideen von Minderheiten zum eigenen Vorteil zweckzuentfremden. Sneaker-tragende Identitäre und Wahlkampf-Raps von Heinz-Christian Strache sollten dabei nur Vorboten für das darstellen, was sich in Tagen

der Pandemie abspielt: Um sich selbst als Opfer der Obrigkeiten zu inszenieren, bedienen sich White Supremacist-Gruppen heute in vielfältiger Weise der Widerstandsrhetorik, die marginalisierte Communities aus gutem Grund und aus echter Unterdrückung seitens staatlichen Institutionen heraus entwickelt haben, und verwandeln diese Rhetorik in weiterer Folge in eine wahre Shitshow. Der vielleicht bizarrste, mindestens aber berühmteste Auswuchs dieser Entwicklung ist wohl Jacob Chansley – jener als „Schamane“ verkleidete Trump-Unterstützer, der nach dem Sturm auf das US-Kapitol im Januar 2021 in gefühlt jeder Social Media-Timeline der Welt war. Chansley, der sich selbst Jake Angeli nennt, hatte es bereits lange vor dem 6. Januar in nationale und internationale Medien geschafft und dabei „Make America Great Again“-Rhetorik mit einer hochgradig wirren Eigeninterpretation peruanisch-indigener Schamanenkultur vermischt. Die Authentizität seiner spirituellen Praktiken tendiert laut peruanischen Communities zwar gegen Null, dennoch ist der Kapitol-Schamane ein lebendes Mahnmal dafür, welche Dreistigkeit kulturelle Aneignung in den seltsamen, verschrobenen Zeiten von QAnon und Querdenker*innen erreicht hat.

Ausdruck der Entkolonialisierung

Was all das veranschaulichen soll: Cultural Appropriation nimmt die unterschiedlichsten Facetten an, und das einzige, das all diese Facetten gemeinsam haben, ist, dass sie den betroffenen Communities auf diversesten Ebenen mehr Schaden zufügen, als den Nutznießer*innen überhaupt bewusst zu sein scheint.

Auf diese Tatsache hinzuweisen, hat nicht das Geringste mit einer Forderung nach Reinkulturen zu tun. Dass gerade auch Subkulturen wie Reggae oder Hip-Hop als Werkzeuge der Entkolonialisierung wirkten und wirken, Schwarze Kultur für ganze Generatio-



Der Schamane vom Sturm auf das Kapitol: Bizarrer Ausdruck davon, welche Dreistigkeit kulturelle Aneignung in Zeiten von QAnon und Querdenker*innen erreicht hat.

nen junger weißer Menschen greifbarer gemacht und dabei vieles an rassistischer Entmenschlichung dekonstruiert haben, ist im Übrigen wohl niemandem besser bewusst, als den Schöpfer*innen dieser Subkulturen selbst. All das kann aber nur funktionieren, solange marginalisierte Gruppen zumindest die Deutungshoheit über ihre kulturellen Kreationen haben und diese nicht zu seelenlosen, gut verkaufbaren Hüllen verkommen lassen müssen.

In der Realität sind jedoch heute noch selbst die diskursweisenden Stimmen, die im Internet die Hoheit darüber beanspruchen, was kulturelle Aneignung ist und was nicht, und wie mit jenen verfahren werden soll, die diese Grenzen überschritten haben, sehr oft weiße Stimmen. Und verkürzt geführte Debatten darüber, wer mit welcher Frisur was

falsch gemacht hat, werden am Ende des Tages sehr viel weniger helfen, als über die strukturellen Missstände zu sprechen, die dem Phänomen der kulturellen Aneignung eigentlich zugrunde liegen. Cultural Appropriation bleibt bis dahin der tagtägliche Ausdruck systemischer

**CULTURAL APPROPRIATION:
AUSDRUCK ÖKONOMISCHER
AUSBEUTUNG
NICHT-WEISSER MENSCHEN.**

ökonomischer Ausbeutung nicht-weißer Menschen. Die Dynamiken dahinter werden wohl noch weiterbestehen, nachdem Justin Bieber seine Dreadlocks ausgekämmt und der Kapitol-Schamane seine Haftstrafe abgesessen hat. Einfache Lösungen für tiefgreifende strukturelle Probleme gibt es nicht, und hun-

derte Jahre an systemischem Schaden aufzuarbeiten, dauert.

Aber diejenigen, deren kulturelles Eigentum da die ganze Zeit schamlos verwendet wird, müssen dieses ungleiche Machtverhältnis in der Zwischenzeit nicht wortlos hinnehmen. Und das wiederum bedeutet, dass eine weiße Mehrheitsgesellschaft wohl so lange mit der Kritik an diesen Ungleichheiten leben muss, bis sie wirklich gewillt ist, sich schonungslos mit ihrem eigenen Erbe zu konfrontieren.

Tori Reichel ist freier Journalist und Moderator. Seine Arbeiten bewegen sich an der Schnittstelle zwischen Gesellschaftspolitik und Pop- bzw. Subkultur. Er war Redakteur für Vice Austria und schrieb u.a. für Die Zeit. Er ist Host von AUX, einem wöchentlichen Musik- und Popkultur-Magazin auf A1Now.



RECHTSSTAAT

„Das ist beschämend“

Warum werden Familien mit hier geborenen Schulkindern abgeschoben, obwohl Kinderrechte im Verfassungsrang das verbieten? Zur Klärung der rechtlichen Praxis wurde eine Kindeswohl-Kommission einberufen und Irmgard Griss als Leiterin bestellt. Die ehemalige Präsidentin des Obersten Gerichtshofs im Gespräch über viel Ermessensspielraum und wenig objektive Kriterien, über den Umgang mit Muslim*innen und Korruption in Österreich.

INTERVIEW: GUNNAR LANDSGESELL, FOTOS: KARIN WASNER

Sie haben 2014 die Hypo-Untersuchungskommission geleitet und kompromisslos die Ergebnisse präsentiert. Zurzeit gibt es täglich News über Postenschacher und Korruption. Nichts gelernt, wie korrupt ist Österreich?

Wenn man sich die Berichte von Transparency International ansieht, dann steht Österreich nicht gut da. Die Situation hatte sich in den Nuller-Jahren durch die ersten Verschärfungen der Korruptionsbestimmungen gebessert. Da war schon ein Bewusstsein entstanden, dass bestimmte Dinge nicht gehen. Das hat sich aber mittlerweile wieder verflüchtigt. Und es verbreitet sich die Einstellung: „Das machen ja alle“. Sobald sichtbar wird, dass selbst jene in höchsten Positionen es nicht so genau nehmen, dass es Grauzonen und eine Verhabeung gibt, desto stärker nimmt die Sensibilität dafür in der Bevölkerung ab.

Wie beurteilen Sie die Reaktion des Bundeskanzlers, gegen den nach Anzeige der NEOS nun auch Ermittlungen laufen? Mangelt es dem Kreis um Kurz an Respekt gegenüber den Institutionen der Demokratie und dem Parlament, wie die Opposition kritisiert?

Dass der Aufforderung des Verfassungsgerichtshofs, dem Untersuchungsaus-

schuss weitere Unterlagen vorzulegen, weder vom Bundeskanzler noch vom Finanzminister rechtzeitig und umfassend entsprochen wurde, wirft ein bezeichnendes Licht auf ihre Einstellung - sowohl gegenüber dem Gerichtshof als auch gegenüber dem Parlament. Bezeichnend ist auch der Versuch, den Konflikt mit dem Untersuchungsausschuss auf die persönliche Ebene zu verschieben. Es sollte unter der Würde eines Spitzenpolitikers sein, sich als von

Es sollte unter der Würde eines Spitzenpolitikers sein, sich als von aggressiven Fragen bedrängt und verunsichert darzustellen.

aggressiven Fragen bedrängt und verunsichert darzustellen. Jedenfalls ist das eine Situation, die die ohnehin bestehende Polarisierung noch verstärkt und das Vertrauen in Politiker weiter schwächt.

Sie waren zwei Jahre für die NEOS Abgeordnete im Nationalrat. Wie war Ihre Erfahrung, konnten Sie etwas bewegen? Oder stimmt es, dass Österreich einen notorisch schwach ausgeprägten Parlamentarismus hat?

Ich hatte nicht das Gefühl, dass Abgeordnete der Oppositionsparteien viel be-

wegen können. Die Regierungsparteien bestimmen alles, auch in den Ausschüssen. Ich habe mehrmals versucht, Anträge einzubringen, die zum Teil genau das gefordert haben, was im Regierungsprogramm steht. Man konnte richtig darauf warten, bis sich jemand von den Regierungsparteien zu Wort meldet und den Antrag vertagt. Vertagung heißt, der Antrag wird schubladisiert. Dass man mit einem Vorschlag durchkommt, ist die Ausnahme. Das kann frustrierend sein.

Sie haben immer wieder versucht, auch emotional diskutierte Themen zu versachlichen, etwa im Fall des Kopftuchverbots für Volksschulkinder. Und Sie haben betont, dass es vielfach um Stimmungsmache gegen die muslimische Bevölkerungsgruppe geht. Ist nach vielen Jahren der Polemik ein wertschätzender Umgang überhaupt vorstellbar?

Ich glaube, man kann nur etwas erreichen, wenn es mehr Kontakte zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen gibt. Wenn die Menschen sehen, dass auch Muslime und Musliminnen ein gutes, normales Leben haben wollen, dass die Kinder eine Chance haben sollen. Dass die überwiegende Mehrheit weder fundamentalistisch noch

extremistisch oder sonst etwas ist. Es gibt viele Kulturmuslime so wie es viele Kulturchristen gibt, wo das Opferfest so gefeiert wird wie Weihnachten. Aber ob religiös oder nicht, das kann ja keine Voraussetzung dafür sein, dass jemand als gleichwertig angenommen wird. Der Soziologe Harald Welzer schreibt, wie Religiosität Menschen helfen kann, ein erfülltes Leben zu haben. Weil sie damit eine Beziehung zum Transzendenten aufbauen und nicht nur im Konsumismus und in einem oberflächlichen Leben verharren. Welzer schreibt, er selbst sei leider religiös völlig unmusikalisch, aber ein Mensch, der das hat, könne eine Bereicherung sein. Viele Menschen inspiriert Religion, für andere da zu sein. Für Muslime ist die Wohltätigkeit eine der fünf Säulen der Religion. Daher ist es so unsinnig, alle als Pseudo-Jihadisten hinzustellen. Natürlich wissen die Politiker, die das tun, selbst ganz genau, dass es nicht stimmt, was sie behaupten, es geht einzig um Stimmenfang. Erinnern Sie sich an die Moscheenschließung im Sommer mit einer Pressekonferenz um 8 Uhr früh. Das ist einfach beschämend.

Was macht das mit den Jugendlichen, denen man signalisiert, ihr gehört nicht dazu?

Die entwickeln oft eine Neigung für fundamentalistische Ansichten. Denn diese ständige Ausgrenzungspolitik kann dazu führen, dass sie ihren Selbstwert durch die Übernahme extremer Ansichten stärken wollen. Für unsere Gesellschaft ist das eine ganz nachteilige Entwicklung, und ich sehe leider wenig Chancen, dass diese Politik beendet wird.

Nach der Abschiebung zweier Schülerinnen, eines Schülers und deren Familien, die auch medial diskutiert wurde, hat man auf Vorschlag der Grünen eine Kindeswohl-Kommission eingerichtet, die Sie leiten. Es geht darum, zu klären, ob die Kinderrechte in Asylverfahren hinreichend berücksichtigt werden. Gibt es schon eine Antwort?

Die Kinderrechte sind mehrfach abge-

sichert. Es gibt die UN-Kinderrechtskonvention, sie sind im europäischen Recht in der Grundrechte-Charta, und sie sind im Bundesverfassungsgesetz über die Rechte der Kinder verankert. Aber in der Praxis, im Vollzug, spürt man davon wenig. Der Schwerpunkt der Kommission sind die Asyl- und Fremdenrechtsverfahren, und da spielen die Kinder, wenn überhaupt, dann nur eine Nebenrolle. Im Regelfall werden die Kinder nicht angehört. Es ist die Ausnahme, wenn bei Prüfung des humanitären Bleiberechts berücksichtigt wird, ob ein Kind zum Beispiel schon sechs Jahre in Österreich ist, ob es hier in die Schule geht und hervorragend Deutsch spricht. Davon sollte aber die Beurteilung abhängen, ob eine Familie bleiben kann.

Die Situation der Kinder wird in vielen Fällen überhaupt nicht berücksichtigt. Trotz verfassungsrechtlicher Absicherung.

Was stört Sie konkret, wie die Beurteilung jetzt abläuft?

Dass es ganz stark davon abhängt, zu welchem Referenten man beim Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl oder zu welcher RichterIn man am Bundesverwaltungsgericht kommt. Natürlich gibt es immer einen Ermessensspielraum, etwa darüber, wie man den Grad der Integration bewertet. Man muss auch bedenken, bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (UMF) handelt sich oft um Jugendliche, die einiges erlebt haben. Gut möglich, dass es da zwischen Erst- und Zweiteinvernahme Widersprüche gibt. Deshalb muss sichergestellt sein, dass diese Kinder und Jugendlichen vom ersten Tag an jemand haben, der sie unterstützt und berät. Solange sie in Traiskirchen sind, ist niemand da, der sich um sie kümmert. Die Obsorge wird erst von der Kinder- und Jugendhilfe übernommen, wenn sie in einem Quartier sind, wo sie länger bleiben. Das wurde schon oft kritisiert, ist aber nie geändert worden. Was wir also

auf jeden Fall brauchen, ist eine Regelung, die sicherstellt, dass es vom ersten Tag an eine Obsorge für Kinder und Jugendliche gibt.

Welche Rolle spielt hier der Föderalismus?

Eine entscheidende. Für Traiskirchen ist die Bezirkshauptmannschaft Baden zuständig. Müsste die Kinder- und Jugendhilfe Baden die Obsorge für alle UMF übernehmen, dann wäre sie stark belastet. Das Land Niederösterreich will auch nicht für sämtliche Kosten aufkommen. Am Ende geht das aber auf Kosten dieser jungen Leute. Es braucht daher eine Regelung, die Verantwortung und Kosten angemessen verteilt. Derzeit fehlen einheitliche Standards für die Kinder- und Jugendhilfe, für die ja nunmehr die Länder zuständig sind. Wird ein unbegleiteter Minderjähriger untergebracht, ist der Tagessatz halb so hoch wie bei einem österreichischen Jugendlichen. In Vorarlberg zum Beispiel zahlt das Land dazu. Da braucht es eine einheitliche Regelung, der Bund müsste wohl einen Teil der Kosten übernehmen. Aber wie das Ganze jetzt läuft, ist es vor allem ein Abschieben von Verantwortung und ein Abschieben der damit verbundenen Kosten.

Es werden weiterhin Familien mit Schulkindern, die zum Teil schon hier geboren wurden, abgeschoben. Hat die Missachtung der Kinderrechte keine rechtlichen Konsequenzen?

Im BVG Kinderrechte und auch im Artikel 24 der Grundrechtecharta steht, dass das Kindeswohl vorrangig zu berücksichtigen ist. Das heißt konkret, die Berücksichtigung des Kindeswohls kann dazu führen, dass eine Familie bleiben darf, weil die Kinder schon jahrelang in Österreich sind, hier sozialisiert wurden, hier geboren sind. Jetzt ist es so, dass das Verhalten der Eltern den Kindern zugeordnet wird, und die Situation der Kinder in vielen Fällen überhaupt nicht berücksichtigt wird. Das passt nicht mit der verfassungsrechtlichen Absiche-



„Die Verfahren der abgeschobenen georgischen und armenischen Familie sind abgeschlossen. Auch wenn das Urteil falsch ist.“

rung der Kinderrechte zusammen. Tatsächlich hat der Verfassungsgerichtshof schon mehrmals aufgetragen, dass das Kindeswohl berücksichtigt werden muss. Das ist keine unverbindliche Regelung, an die man sich halten kann, wenn man will. Das ist Verfassungsrecht und steht über dem einfachen Gesetz. Und natürlich muss das BfA oder das Gericht das berücksichtigen.

Falls das wie im Fall der georgischen und armenischen Familien nicht passiert ist, hat man einfach Pech gehabt?

Dieses Verfahren ist abgeschlossen. Es soll bei einer der Familien noch ein Antrag auf humanitäres Bleiberecht offen sein. Aber das Asylverfahren ist auf jeden Fall zu Ende. Die Familien könnten nur über die Rot-Weiß-Rot-Karte versuchen, wieder nach Österreich zu kommen. Genau an diesen Fällen sieht man ja, dass die Kinderrechte nicht oder jedenfalls nicht ausreichend berücksichtigt werden. Aber wenn die Entscheidung rechtskräftig ist, ist das Verfahren abgeschlossen. Auch wenn das Urteil falsch ist.

Es gibt in Österreich die Problematik, dass hunderttausende Menschen, die hier geboren sind und hier leben, keine Staatsbürgerschaft erhalten und rechtlich wie Fremde im eigenen Land gelten. Das betrifft viele Kinder und

Jugendliche. Österreich ist in Europa Schlusslicht. Ist das in der Kindeswohl-Kommission Thema?

Damit werden wir uns noch befassen. Das ist natürlich ein Relikt aus einer Zeit, in der Österreich kein Einwanderungsland war. Länder wie die USA knüpfen den Erwerb der Staatsbürgerschaft an die Geburt im Land, weil die Menschen dort ja auch heimisch werden sollten. In Österreich leitet sich die Staatsbürgerschaft immer noch von den Eltern ab. Aber Österreich ist heute ein Einwanderungsland.

Wann werden Sie die Ergebnisse der Kommission präsentieren und wie wollen Sie eigentlich verhindern, dass das Papier von der ÖVP schubladisiert wird?

Ich bin zuversichtlich, dass wir unseren Bericht noch vor dem Sommer vorlegen können. Wie wirksam er ist, wird ganz davon abhängen, wie sehr es uns gelingt, die Öffentlichkeit dafür zu interessieren. Wie sehr Medien unsere Empfehlungen verbreiten. Und wie sehr es uns gelingt, in der Bevölkerung ein gewisses Umdenken zu erreichen. Denn letztlich tut die Politik das, was in der Bevölkerung ankommt. Wir haben jedenfalls Fragenlisten an die Kinder- und Jugendhilfen in den Bundesländern und an das Innenministerium geschickt. Man wird sehen, was zurückkommt; im Bericht wer-

den wir das alles offenlegen. Wenn der Bericht fertig ist, wird ihn die Kommission veröffentlichen. Es gibt keine Vorabgenehmigung durch das Ministerium. Der Bericht wird zeitgleich der Öffentlichkeit präsentiert und dem Ministerium übergeben.

Was hat Sie eigentlich bewogen, nach einer langen Karriere als Höchststrichlerin und Politikerin die Kindeswohl-Kommission zu übernehmen? Gibt es für bestimmte, etwa humanitäre Fragen zu wenig Engagement in der Politik?

Das Funktionieren des Staates hängt ganz stark davon ab, dass Regeln eingehalten werden, auch wenn es unmittelbar keine Sanktion gibt. Dass wir ein Verantwortungsgefühl haben und keine reinen Egoisten sind. Dass wir uns daran orientieren, was für die Gemeinschaft gut ist. Sonst müsste man ja alles mit Gesetzen regeln, so kann kein Staat funktionieren. Gerade bei der Betreuung von Jugendlichen und von Familien, die auf der Flucht sind, sehen wir, wie unglaublich viele Menschen sich da engagieren, Patenschaften übernehmen und Unterstützung bieten. Müssen die Jugendlichen oder Familien Österreich trotz geradezu vorbildlicher Integration verlassen oder werden sie gar abgeschoben, so werden die Bemühungen all dieser helfenden und unterstützenden Menschen frustriert. Ehrenamtliches Engagement, Initiativen der Zivilgesellschaft werden dadurch entwertet. Das beschädigt die Grundlagen unseres Zusammenlebens. Das ist es, was mich so beschäftigt und umtreibt.

Irmgard Griss studierte Jus in Graz und absolvierte ein Post Graduate an der Harvard Law School. 1993 bis zu ihrer Pensionierung 2011 war sie Richterin am Obersten Gerichtshof (OGH), ab 2007 als dessen Präsidentin. Nach dem Skandal um die Hypo Alpe Adria Bank wurde sie 2014 zur Leiterin der Untersuchungskommission bestellt. Von 2017 bis 2019 war sie für die NEOS Abgeordnete des Nationalrats. Beim Präsidentschaftswahlkampf 2016 erzielte sie knapp 19 Prozent.

INTEGRATION

Kampf um Tisch und Kuchen

Gelungene Integration führt zu einem harmonischen Zusammenleben? Im Gegenteil, meint der deutsche Soziologe El-Mafaalani.

INTERVIEW: MILENA ÖSTERREICHER
FOTOS: MIRZA ODABASI

Aladin El-Mafaalanis Buch „Das Integrationsparadox. Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt“ erregte 2018 viel Aufmerksamkeit. Die Grundthese des deutschen Soziologen und Erziehungswissenschaftlers: Je gelungener die Integration benachteiligter Gruppen, desto mehr Konflikte gibt es. Mittlerweile ist eine erweiterte und überarbeitete Neuausgabe erschienen. 2020 veröffentlichte der Autor, der an der Universität Osnabrück den Lehrstuhl für Erziehung und Bildung in der Migrationsgesellschaft innehat, sein Buch „Mythos Bildung: Die ungerechte Gesellschaft, ihr Bildungssystem und seine Zukunft“. Im September erscheint sein neues Buch „Wozu Rassismus?“.

Herr El-Mafaalani, warum führt gelungene Integration zunächst zu mehr Konflikten?

Ich beschreibe es im Buch mit einer Metapher. Stellen wir uns die Gesellschaft als einen Raum vor. In diesem Raum sitzen manche Menschen an einer großen langen Tafel, andere am Boden, manche am Rand. An der großen Tafel – die symbolisch für die volle Teilhabe in der Gesellschaft steht – saßen vor Jahrzehnten nur wenige Menschen. Sie waren älter und alles Männer.



„Die Tischgesellschaft ist jünger geworden, offener und bunter. Jetzt sitzen da auf einmal viel mehr Menschen, die ein Stück vom Kuchen möchten.“

Im Laufe der Jahrzehnte setzten sich viele andere Menschen an den Tisch, vor allem Frauen, aber auch Menschen mit internationaler Geschichte (Migrationshintergrund). In Deutschland gab es bei Frauen und Menschen mit internationaler Geschichte übrigens mehr Zuwächse als in Österreich. Menschen mit Behinderung und LGBTQ*-Menschen kamen hinzu. Die Tischgesellschaft ist jünger geworden, offener und bunter. Jetzt sitzen da auf einmal viel mehr Menschen, die ein Stück vom Kuchen möchten.

Wofür steht der Kuchen?

Soziologen würden zu diesem Kuchen „Ressourcen“ sagen. Also Zugang zum Bildungssystem, Chancen auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt, etc. Die Menschen wollen aber nicht nur vom Kuchen essen, sondern auch einen schönen Platz am Tisch, also eine gute soziale Position. Wer nun denkt, dass es in dieser Situation harmonischer werden soll, hat nicht ganz verstanden, was daraus folgt. Wenn alle ein Stück vom Kuchen und einen schönen Tischplatz wollen, führt das zu sozialen und ökonomischen Konflikten.

Und was noch hinzukommt: Wenn die Neuen länger mit am Tisch sitzen, fangen sie an, unangenehme Fragen zu stellen. Zum Beispiel – um bei der Metapher zu bleiben –, ob das überhaupt der richtige Kuchen ist, ob das Rezept stimmt, ob die Tischordnung und die Esskultur richtig sind. Sie stellen Fragen, die die intimsten Sphären der Tischgesellschaft betreffen. Es geht um kulturelle Fragen, um Identität, Identifikation und Deutungshoheit. Wer bestimmt, was richtig oder falsch ist und wohin die Reise gehen soll?

Zusammengefasst: Wir haben ein enorm erhöhtes und vielfältiges Konfliktpotenzial, weil es in Hinblick auf die Teilhabe von Menschen ziemlich gut läuft bzw. in die richtige Richtung geht. Integration ist dann gelungen,

wenn Menschen die Gesellschaft mitgestalten möchten.

In Ihrem letzten Buch geht es um Bildung. Welche Rolle spielt sie in diesem Emanzipationsprozess?

Um bei der Metapher zu bleiben: Bildung ist das wichtigste Medium, um an den Tisch zu kommen – ganz abgesehen von den positiven Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum und Ähnliches. Heutzutage sitzen mehr Menschen am Tisch, weil sie Kompetenzen haben, Schulabschlüsse vorweisen können, sich aktiv einbringen und mehr Gehör verschaffen. Daran ist Bildung maßgeblich beteiligt. Aber sie löst nicht alle Probleme.

Es ist sehr erfreulich, dass jetzt so viele am Tisch sitzen. Gleichzeitig geht es den wenigen, die immer noch am Bo-

Wer bestimmt, was richtig oder falsch ist und wohin die Reise gehen soll?

den verbleiben, so schlecht wie nie. Es gibt nichts Schlimmeres, als mit nur wenigen auf dem Boden zu sitzen. Als die Mehrheit noch dort unten war, gab es solidarische Strukturen, Arbeiterstolz, Tradition etc. Ich bin im Ruhrgebiet aufgewachsen und habe das noch mitbekommen, die Arbeiterbibliotheken, die Arbeiterchöre ... Jetzt sind immer mehr an den Tisch gegangen, und die solidarischen Strukturen am Boden haben sich aufgelöst. Die Menschen dort mussten zusehen, wie sich fast alle an den Tisch gesetzt haben, außer man selbst. Und dann passiert folgendes, und das in fast allen Ländern: Die Menschen am Tisch – auch die, die neu hinzugekommen sind – erzählen die Geschichte, dass sie eine super offene Gesellschaft sind, und jeder, der sich Mühe gibt, sich dazusetzen kann. Das heißt im Umkehrschluss, wer auf dem Bo-

den sitzt, hat es auch nicht verdient, am Tisch zu sein. Selbst schuld sozusagen. Das führt dazu, dass die Menschen, die am Boden sitzen, resignieren. Sie sehen keine positive Zukunft mehr. Migrantische Milieus, die auf dem Boden sitzen, bilden Parallelgesellschaften. Migranten haben ja nicht ihre Heimat verlassen, um in der Fremde zu resignieren. Wenn die solidarischen Strukturen wegbrechen, bilden sie eigene solidarische Strukturen. Sie suchen nach einem Weg und im Notfall auch einen „eigenen“ Weg, der dann häufig der aufnehmenden Gesellschaft nicht gefällt. Parallelgesellschaftliche und resignative Strukturen nehmen zu, weil es gut gelaufen ist. Das ist das Gesamtparadoxon.

Sie erwähnen, dass Frauen und Menschen mit Migrationsgeschichte in Österreich im Vergleich zu Deutschland weniger Teilhabe haben. Woran liegt das?

Ich beobachte, dass Österreich sich öffnet. Es geht in eine gute Richtung, aber langsam. In Deutschland ist das enorm schnell passiert. Österreich hat eigene Spezifika, zum Beispiel leben die meisten Menschen in ländlichen Regionen. Es gibt mit Wien und Graz nur ein, zwei wirkliche Ballungszentren, wo Urbanität herrscht.. In Deutschland gibt es beispielsweise 80 Städte, die als Großstadt gelten. Großstädte zeichnen sich dadurch aus, dass Menschen sich nicht kennen, sich fremd sind. In der Großstadt staunt man, wenn man zufällig jemanden trifft, den man kennt. Auf dem Land staunt man, wenn man jemanden sieht, den man nicht kennt. Das sind entgegengesetzte Voraussetzungen. In einer Metropole ist man auf Fremdheit strukturell angewiesen und kann damit gut umgehen.

Auf dem Land leben Menschen gerne, weil sie es übersichtlich, gemütlich und bekannt mögen, und das ist auch völlig berechtigt. Es führt aber dazu, dass



Anfangs wurde meine These in „Das Integrationsparadox“ als provokant oder als optimistisch bezeichnet. Interessant ist, dass seit 2020 das „provokant“ weggefallen ist.

man aufgrund dieser regionalen Begebenheiten auch weniger Möglichkeiten hat, sich in Offenheit gegenüber Fremdem zu üben.

Und auf politischer Ebene?

In Deutschland gab es zunächst keinen Populismus. Österreich hat ja schon lange mit der FPÖ, die einmal liberal war und dann ziemlich populistisch wurde, zu tun. In Deutschland hatte man im Prinzip die ganze Zeit eine große konservative Partei, die CDU, die doch sehr demokratisch ist, dafür aber mehrere linke Parteien.

Dann muss man thematisieren, dass in Deutschland ein Teil der eigenen Geschichte aufgearbeitet wurde. Alle Nationen haben in ihrer Geschichte finstere Phasen. Keine so schlimme wie Deutschland, aber dennoch. Ich glaube, das spielt in Österreich eine Rolle: ein gewisser Nationalismus und eine noch ungenügende Aufarbeitung der Geschichte.

Und zu guter Letzt denke ich, dass die deutsche Gesellschaft durch soziale Bewegungen, wie die Jugendbewegung, die Frauenbewegung, die Umweltbewegung und die Gastarbeiter stark geprägt wurde. Sie haben viele Dinge im Alltag aufgebrochen, die vorher starr und ver-

schlossen waren. 1990 kam dann noch die Wiedervereinigung dazu, die die deutsche Gesellschaft nochmals aufgerüttelt hat.

Zurück zur Tischmetapher: Wenn nun mehr Menschen am Tisch sitzen – also volle Teilhabe an der Gesellschaft haben – wird das Kuchenstück für jeden kleiner.

In Deutschland gab es zunächst keinen Populismus. Österreich hat ja schon lange mit der FPÖ zu tun.

Weder der Kuchen noch die einzelnen Stücke müssen kleiner werden. Wir wissen, dass sowohl in Deutschland als auch in Österreich die Einwohnerzahl nicht signifikant gestiegen ist. Und wenn sie minimal steigt, dann nicht schneller als das Wirtschaftswachstum. Bisher haben wir nicht erlebt, dass die Kuchenstücke kleiner geworden sind. Das Problem ist aber, dass die, die schon lange am Tisch sitzen, bemerken, dass die Kuchenstücke nicht größer werden. Aber alle bisherigen benachteiligten Gruppen, zuerst Frauen und dann zunehmend Migranten und andere, stellen mehr und mehr Forderungen. Be-

rechtigterweise, denn sie sind immer noch benachteiligt. Eine Person, die schon lange am Tisch sitzt, stellt sich nun die Frage: Was wollen die denn noch? Und dann kommen Populisten und sagen, die wollen den ganzen Laden übernehmen. So werden schnell Ängste geschürt.

„Das Integrationsparadox“ ist 2018 erschienen und hatte viel Resonanz. Was hat sich seither getan?

Anfangs wurde meine These entweder als provokant oder als optimistisch bezeichnet. Interessant ist, dass seit 2020 in den Besprechungen das „provokant“ weggefallen ist. Provokant ist die These nicht mehr, weil wir das diffuse, ansteigende Konfliktpotenzial wahrnehmen, zum Beispiel durch das, was in Halle oder Hanau passiert ist, oder die Bewegungen, die entstanden sind, wie Black Lives Matter.

Und jetzt fällt auch das „optimistisch“ weg, denn 2018 klang das, was ich beschrieben habe, nicht wie die Realität, sondern nur wie mein Optimismus. Dem ist aber nicht so, das bemerkt man jetzt. Zum Beispiel sehen wir in Deutschland überall, beispielsweise im Fernsehen bei den Moderatoren oder in Start-Ups oder in der Wissenschaft, Menschen mit internationaler Geschichte. Und das wird in den nächsten Jahren – das kann man anhand der Daten vorhersehen – nochmal deutlich zunehmen. In Deutschland sagt niemand mehr: Wir brauchen Vorbilder. Die Vorbilder sind jetzt da.



Aladin El-Mafaalani
Mythos Bildung - Die ungerechte Gesellschaft, ihr Bildungssystem und seine Zukunft
Kiepenheuer & Witsch, 2020

REPRÄSENTATION

Unsichtbar und ungehört

Wo ist Palästina auf der Landkarte? Einen Staat haben sie nicht, zunehmend verschwindet aber auch die Bevölkerung selbst aus dem Blickfeld der Weltöffentlichkeit. „Wenn die Welt über uns spricht, dann als Terroristen oder als arme Opfer“, beklagen sich junge Palästinenser*innen, die beides nicht sein wollen.

REPORTAGE: MARIA STERKL

Ahmad ist genervt. Der 35-jährige Startup-Unternehmer aus Ostjerusalem weiß, dass bald die Touristen zurückkehren werden. Die Pandemie hat vieles verändert, aber eines, meint Ahmad, wird gleichbleiben: „Die Leute kommen aus Europa und den USA, sie genießen das Nachtleben in Tel Aviv und machen Sightseeing in Jerusalem, und zwischendurch hängen sie noch einen Abstecher ins Westjordanland dran“, sagt er. Und naserümpfend fügt er hinzu: „Das sind dann die Mutigen, die ein bisschen Konfliktluft schnuppern wollen.“

Was Ahmad zum Ausdruck bringt, ist ein Gefühl, das viele junge Palästinenser*innen in sich tragen. Die Welt kümmere sich nicht um sie. Vor allem die jüngere Generation fühlt sich im Stich gelassen. Allen voran von der eigenen Regierung, vom Regime unter Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas, den sie nie gewählt haben, weil es 15 Jahre lang keine Wahlen gab. Aber auch von der Weltöffentlichkeit. „Müssen wirklich Bomben fliegen, damit man uns hört?“, fragt Ahmad, der das nicht will. Das Gehör, das er sich wünscht, widmet sich den akuten Problemen der



Blick eines Bewohners auf Jerusalem von palästinensischem Gebiet. Die Grenzmauer führt direkt am Haus vorbei.

Palästinenser*innen: dem sich immer weiter einengenden Raum zur Entfaltung. Das Gebiet im palästinensisch bewohnten Westjordanland, das jüdische Siedler*innen für sich in Anspruch neh-

„Es ist heute viel schwerer, palästinensische Themen in Medien zu platzieren.“
Petra Ramsauer

men, dehnt sich weiter aus, und zwar auf Kosten der palästinensischen Bevölkerung, die für ihre Bauprojekte keine Bewilligung erhält. Israel baut Autobahnen, um diese Siedlungen an Jerusalem

anzuschließen, zum Teil zerschneiden diese Autobahnen palästinensisches Wohngebiet. Sollte es irgendwann einen palästinensischen Staat geben, „dann wird es ein Staat sein, der aussieht wie Schweizer Käse“, bringt es der palästinensische Politikwissenschaftler Bashir Bashir auf den Punkt.

Viele Palästinenser*innen sprechen deshalb schon lange nicht mehr von einer Lösung des Nahostkonflikts. Sie nennen es „Siedlerkolonialismus“. Verantwortlich dafür sei Israel, unterstützt werde es von der Palästinenserführung unter Präsident Mahmoud Abbas – und ignoriert von der Welt.

Störenfried oder Opfer

Wassim, ein junger Bewohner eines Flüchtlingscamps im Westjordanland, sieht die ausländischen Medien als Teil des Problems. Sie würden einseitig über Palästina berichten, meint er. „Sie sehen uns entweder als gewaltbereite Störenfriede oder als Opfer. Dazwischen gibt es nichts“, meint er.

Mit dieser Ansicht ist er nicht alleine. Laut einer Umfrage, die das „Forum Ziviler Friedensdienst“ im Rahmen des Projekts „Communicating Palestine“ durchführte, finden sich 86 Prozent der befragten Palästinenser*innen in internationalen Medienberichten nicht wieder. Sie würden entweder als Terrorist*innen dargestellt – oder als passive Hilfeempfänger*innen. Das Bild selbstbewusster Menschen aus Ramallah oder in der Diaspora, die einfach nur eine spannende Geschichte zu erzählen haben, die aus ihnen selbst entsteht – dieses Bild fehlt ihnen.

Schwierige Israel-Kritik

Blenden die Medien dieses Bild aus, weil es zu wenig knallig ist? Es sei komplizierter, sagt die Politikwissenschaftlerin und langjährige Nahostreporterin Petra Ramsauer, die jahrzehntelang für österreichische und deutsche Medien aus der Region berichtet hat.

Die Aufmerksamkeit habe sich in den vergangenen 20 Jahren verschoben. „Es ist heute viel schwieriger, palästinensische Themen in Medien zu platzieren“, sagt Ramsauer. Einerseits liege das an einer allgemein schwierigeren Ausgangslage für arabische Interessen im Westen – seit 9/11 sei das so. Im Fall der Palästinenser komme noch etwas anderes hinzu: Viele Einrichtungen in NS-Täterländern scheuten davor zurück, das Thema anzugreifen. Auch Medienhäuser zählten dazu. „Man gerät dann schnell auf die Schiene der pauschalen Israel-Kritik“, meint Ramsauer. „Und dieser Vorwurf trifft nie nur die Journalistin, sondern immer auch das ganze Medium.“ Vor der antisemitischen Tendenz, Israel strenger zu bewerten als andere Staa-



Am Strand von Jaffa: Familien aus Ramallah, das 60 Kilometer entfernt ist, sehen zum ersten Mal in ihrem Leben das Meer. Israel erteilt sehr restriktiv Einreisegenehmigungen, dadurch sind viele Palästinenser*innen vom Meer abgeschnitten, obwohl zum Teil ihre Großeltern noch dort lebten.

ten, sind auch Redaktionen nicht gefeit. Oft fehlt es aber an einer selbstkritischen Auseinandersetzung mit diesen Mustern – und um sicher zu gehen, geht man sensiblen Themen wie der Siedlerfrage oft gleich ganz aus dem Weg. „Man ist unglaublich vorsichtig“, sagt eine deutsche Journalistin, die in Jerusalem für mehrere Printmedien tätig ist.

86 Prozent der befragten Palästinenser*innen finden sich in internationalen Medienberichten nicht wieder.

Thomas Meyer (Name geändert, Anm.), ein Vertreter einer deutschen linksliberalen Stiftung in Israel, die in der Region Projekte sponsert, kennt das Problem aus eigener Arbeit. Es sei nicht einfach, mit der Homebase in Berlin über die Lage in den Palästinensergebieten zu sprechen, erzählt er. „Die deutsche Geschichte und der Antisemitismus machen es kompliziert.“

Deshalb fällt der Scheinwerfer oft erst dann auf die Palästinensergebiete, wenn die Lage eskaliert. Die Folge ist, dass Palästinenser*innen nur im Kontext von Gewalt und Konflikt gezeigt wer-

den – nicht aber als Akteur*innen ihres täglichen Lebens. „Wir sind aber nicht ständig von brennenden Autoreifen umgeben“, sagt Ahmed, ein junger Verkäufer aus Ramallah.

Humanitäre Organisationen haben ihr eigenes Interesse, sich ins Blickfeld zu drängen. Um weiter auf öffentliche Unterstützung zählen zu können, müssen sie für ihre Arbeit werben. Also lancieren sie Kampagnen, die vor allem eine Botschaft vermitteln: Diese Menschen sind von uns abhängig und brauchen unsere Hilfe. Das Resultat sind Bilder von dankbar lächelnden Frauen neben riesigen Säcken mit Mehl und Zucker, Fotos barfuß laufender Kinder mit zerrissener Kleidung.

Malak, eine junge Frau aus Ramallah, kennt diese Bilder gut. Sie kann sie nicht mehr sehen. „Ich bin die ganze Zeit in Palästina unterwegs“, sagt sie, „aber die wenigsten Kinder schauen so dreckig und heruntergekommen aus wie die Kleinen auf diesen Fotos.“

Die Bildsprache suggeriere, dass die Palästinenser*innen nicht fähig seien, sich selbst zu erhalten. Eine Botschaft, die Malak sauer aufstößt. Auch deshalb, weil es nicht ganz unwahr ist. Aber eben

nur ein Teil der Wahrheit. „Klar gibt es Hilfslieferungen, klar gehen Leute von uns in Schulen des Hilfswerks. Aber das ist nur ein kleiner Ausschnitt der Realität. Wir sitzen nicht den ganzen Tag herum und warten und tun nichts. Wir sind Menschen, keine Fundraising-Objekte.“

„Uns gibt es nicht“

Dass die Menschen aus dem Blickfeld der Welt verschwinden, ist aber auch ein hausgemachtes Problem. Die palästinensische Führung sei „entweder korrupt oder extremistisch“, sagt Ramsauer in Anspielung auf die Hamas-Regierung in Gaza und die aufgeblähte Fatah-Führung im Westjordanland.

Auch die Palästinenserführung tut weniger, um sich international Gehör zu verschaffen. Und der arabischen Welt ist das Schicksal der Palästinenser*innen ein weniger brennendes Thema als zuvor. Früher wäre es undenkbar gewesen, dass die Emirate diplomatische Beziehungen mit Israel eingehen, ohne dass die Palästinenserfrage gelöst ist. Heute ist das möglich. Jeder kümmert sich um die eigene Sicherheit, die eigene Wirtschaft – und die Palästinenser kommen irgendwann später dran.

„Ich habe es so oft von Palästinensern gehört: Wir werden nicht wahrgenommen, uns gibt es nicht“, sagt Ramsauer. Aber in den vergangenen 20 Jahren habe sich etwas verschoben, sagt sie.

Die Palästinenser hätten „es vermasselt“. Dass die Zahl der Terroranschläge in Israel nach dem Bau der Grenzbefestigung zwischen Israel und dem Westjordanland stark zurückging, war Wasser auf die Mühlen der israelischen Rechten, meint sie. Palästinenser*innen, die mehr Bewegungsfreiheit fordern, müssten sich gefallen lassen, dass Israel sagt: Wenn ihr Bewegungsfreiheit habt, fliegen bei uns wieder die Bomben.

Wer aus Konfliktgebieten berichtet, gerät immer in Gefahr, von einer der beiden Seiten vereinnahmt zu werden. „Jede Geschichte wird sofort in einen Raster eingeordnet: Auf welcher Seite steht

sie?“, sagt Ramsauer. In der Israel-Palästina-Frage sei dieses Muster besonders stark ausgeprägt. „Man muss wahnsinnig genau sein“, meint Ramsauer.

Früher gab es mehr Brückenbauer in den Ländern, sagt die Journalistin. Das sei Teil des Problems. „In den Neunzigern war die israelische Linke lauter. Da hat man eher Israelis gefunden, die über die Palästinenser reden.“ Solche Stimmen würden es beiden Seiten schwieriger machen, das gewohnte Raster über den Bericht zu legen. Nun sei israelische Besatzungskritik aber leiser geworden – und auch die palästinensische Intelligenzia ziehe sich immer mehr in die innere Emigration zurück.

Israels neues Image

Dazu kommt, dass sich das Image Israels gewandelt hat. Vor 20 Jahren galt der Nahe Osten als Brennpunkt und Israel war Teil davon. Inzwischen hat sich Israel, auch dank der verbesserten Sicherheitslage, vom Ort des Terrors, den nur Mutige bereisen, zum beliebten Kurzurlaubsziel gewandelt. Israelische Küche ist hip, Tel Aviv-Feeling und Hipster-Queerness sind Teil eines erfolgreich umgesetzten Country-Brandings. Die Palästinensergebiete sind, abgesehen vom Pilger-Hotspot Betlehem, immer noch mit dem Konflikt-Label behaftet. Ahmed hofft, dass die internationale Gemeinschaft mehr Druck ausübt, damit die Palästinenser in Selbstbestimmung leben können. Die Bilder armer Palästinenser neben UN-Hilfslieferungen seien Teil einer Realität, die hoffentlich irgendwann ein Ende habe. „Es stimmt, dass wir Hilfe brauchen. Gebt uns unsere Rechte“, sagt er, „dann brauchen wir sie nicht mehr.“

Dieser Text wurde vor der aktuellen Eskalation in Israel/Palästina verfasst, aber vermittelt ein Bild der Frustration, die so viele Palästinenser in Jerusalem auf die Straßen gehen ließ.

Maria Sterkl berichtet u.a. für den „Standard“ aus Israel.

IMPRESSUM

MO REDAKTION:

c/o SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2,
1070 Wien, T +43 1 524 99 00,
F +43 1 524 99 00-9,
redaktion@momagazin.at,
www.momagazin.at

REDAKTION:

Gunnar Landsgesell (Chefredakteur; gun),
Petja Dimitrova (Porträt-Illus), Alexander Pollak (apo),
Karin Wasner (Bilder), P.M. Hoffmann, Eva Vasari (Illustationen),
Clara Akinyosoye, Eva Maria Bachinger,
Philipp Sonderegger, Baruch Wolski

AUTORINNEN DIESER AUSGABE:

Clara Akinyosoye, simon INOU, Nour Khelifi, Beverly Mtui, Noreen Mughal, Milena Österreicher, Alexander Pollak, Tori Reichel, Maria Roesslthumer, Eva Rottensteiner, Martin Schenk, Philipp Sonderegger, Maria Sterkl, Magdalena Stern, Vina Yun

COVERBILD:

Karin Wasner

ARTDIREKTION:

Mitko Javritchev

LAYOUT-KONZEPT:

Theo Kammerhofer

DRUCK:

Ferdinand Berger & Söhne GmbH,
Wiener Straße 80, 3580 Horn

ANZEIGEN:

Katharina.Hofmann-Sewera@sosmitmensch.at,
Telefon: +43 1 524 99 00-16

ABOS:

Irene Palmethofer, abo@momagazin.at
Telefon: +43 1 524 99 00-18

VERTRIEB:

Beilage „Der Standard“; Straßenkolportage

AUFLAGE:

40.000

HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, 1070 Wien,
T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9,
Mail: office@sosmitmensch.at
Web: www.sosmitmensch.at
ZVR: 22747570

OFFENLEGUNG gem. § 25 MedienG:

Medieninhaber (Verleger) und
Herausgeberin: SOS Mitmensch
Sitz: Wien
Geschäftsführung: Alexander Pollak,
Gerlinde Affenzeller;
Obmann: Max Koch
Grundlegende Richtung: gegen Diskriminierung,
für Menschenrechte, Demokratie
und Migration
ZVR: 22747570

SPENDEN:

IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590

BIC: BAWAATWW

MO ist das Medium von SOS Mitmensch gegen Rassismus und Diskriminierung, für Menschenrechte, Demokratie und Migration. Der Nachdruck der Beiträge ist bei Nennung der Quelle und Übersendung von Belegexemplaren ausdrücklich erwünscht, wenn das Copyright nicht ausgewiesen ist. Die Rechte der Fotografien liegen bei den Urheber*innen. Falls kein/e Urheber*in ausgewiesen ist: SOS Mitmensch.

POPULÄRKULTUR

Neues aus der Parallelgesellschaft

Österreichische Muslime werden oft als religiöse Fanatiker oder als Parallelgesellschaftler portraitiert, den Durchschnitt sucht man vergeblich. Ein persönlicher und humorvoller Blick auf den Alltag einer wienerisch-muslimischen Suderantin.

TEXT: NOUR EL-HOUDA KHELIFI

Operation Luxor - eine der größten Kriminaloperationen in den letzten Jahren in Österreich. Auf die groß inszenierte Razzia gegen angebliche Anhänger der Muslimbruderschaft im November 2021 folgt nur noch Grillenzirpen. Während Innenminister Karl Nehammer (ÖVP) sich damit wahrscheinlich einen riesigen Erfolg und tosenden Applaus im Kampf gegen den Terror erhofft hatte, schlagen in den vergangenen Monaten nur noch die langwierigen Ermittlungen sowie Beschwerden der rund 30 Beschuldigten zu Buche. Die parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Stephanie Krisper (NEOS), ob bereits strafrechtlich relevante Informationen zutage gekommen sind, will Innenminister Nehammer bis dato nicht beantworten. Insgesamt waren durch die Hausdurchsuchungen während der Operation Luxor 130 Personen betroffen, darunter 60 Kinder und Jugendliche, die anwesend waren, als die Razzia stattfand. Man sei, laut Innenministerium, schonend vorgegangen, die posttraumatischen Belastungsstörungen bei den betroffenen Kindern und Jugendlichen sprechen aber eine andere Sprache. Viele Fragen

rund um diese Operation sind und werden nicht beantwortet. Weswegen sich hier die Frage stellt: Warum? Warum will das Innenministerium nicht transparent arbeiten, sofern es die gegebenen Umstände erlauben? Wieso erfahren hochrangige Politikerinnen wie die Justizministerin Alma Zadic (Grüne) erst über die Medien von der Razzia? Wenn das der Kampf gegen den Terror sein soll, warum muss immer auch die unschuldige Mehrheit betroffen sein oder darunter leiden?

Damoklesschwert Terrorismusvorwurf

Nachdem die Operation Luxor und die damit zusammenhängenden Geschichten publik wurden, gab es bei mir, sowie in der österreichisch-muslimischen Community innerlich erneut einen Knacks. Es ist nahezu unmöglich dieses Gefühl zu beschreiben, wenn man tagtäglich mit einem Generalverdacht leben muss. Es ist wie das Damoklesschwert, das einen begleitet, man könnte ja schließlich auch ohne etwas Verbrochen zu haben zum Ziel brutaler Amtshandlungen werden oder nicht nachvollziehbar beschuldigt werden. In einer



Illustration: Petja Dimitrova

Pressekonferenz im November letzten Jahres beteuert Innenminister Nehammer, dass man besonders auch Musliminnen und Muslime vor radikalen Extremisten schützen möchte. Gerade als junge Person, die mit antimuslimischen Ressentiments aufgewachsen ist, Stichwort Generation Strache, kann ich so einem Statement nicht viel abgewinnen. Österreichische Jugendliche, die sich als muslimisch identifizieren, sehen das genauso. Besonders auf den Social-Media Kanälen wie Instagram taucht immer dieselbe Frage auf, die niemand diesen Menschen beantworten kann: Wie kann ich denn glaubhaft machen, dass ich nicht terroristisch bin? Aufgrund eines Identitätsmerkmals dämonisiert und als terroristisch abgestempelt zu werden, das tut weh - egal wie alt man ist. Damit umzugehen ist schwer. Wenn das Hauptziel aber wirklich der Kampf gegen den Terror ist, dann müssen ausschließlich die Radikalen im Fokus stehen. Und keine österreichischen Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen, die Teil der Gesellschaft sind und Teil der Gesellschaft sein wollen. Ausgrenzung aus politischer Sicht hat noch nie etwas Gutes bewirkt.

Für eine menschliche Politik

Der Ute-Bock-Preis für Zivilcourage ging dieses Jahr an Schwester Maria-Andreas Weißenbacher für ihren Widerstand gegen eine populistische Politik in Kärnten und an Tierra Rigby und Theo Haas für ihren Einsatz gegen die Abschiebung zweier Familien mit Kindern.

Wenn das gesetzeskonform ist, dann stimmt etwas mit den Gesetzen nicht.“ Das hatte der 17-jährige Theo Haas, bei seinem beeindruckenden Auftritt in der ZiB-Nacht erklärt. Anlass des Interviews war die Abschiebung zweier Familien nach Georgien und Armenien, die mit einem massiven Polizeiebot und unter heftigem Protest von Schüler*innen und Bürger*innen mitten in der Nacht außer Landes gebracht wurden. Die Kinder der zwei Familien, die 12-jährige Tina und ihre Schwester Lea, sowie Sona und ihr Bruder Ashot, wurden zum Teil in Österreich geboren und verbrachten einen Großteil oder ihr ganzes Leben hier. Dass sie - wie andere Familien davor und bis heute - abgeschoben wurden, widerspricht allerdings den Kinderrechten, die rechtlich mehrfach verankert sind und in Verfassungsrang stehen. Das erklärt Irmgard Griss, die derzeit die Kindeswohl-Kommission leitet, in einem Interview in dieser Ausgabe. An Theo Haas und Tierra Rigby verlieh SOS Mitmensch stellvertretend für alle anderen engagierten Schüler*innen, die ebenfalls mutig gegen die Abschiebung protes-



Preisverleihung erstmals in Kooperation mit dem Community-TV-Sender Okto TV.

tiert hatten, den Ute-Bock-Preis für Zivilcourage 2021. Die Bemühungen, die zu Unrecht abgeschobenen Familien nach Österreich zurückkehren zu lassen, laufen indes weiter. Damit steht auch die Asylrechtspraxis in Österreich auf dem Prüfstand. In seiner Dankesrede betonte Theo: „Obwohl dieses Jahr aufgrund der Pandemie sehr hart für uns Jungen war, sind wir aufgestanden: gegen Rassismus, gegen Polizeigewalt, gegen Klimawandel und besonders in den letzten Monaten gegen die unmenschliche Abschiebung von Kindern und für menschliche Gesetze und für eine menschliche Politik. Und obwohl wir oft das Gefühl

haben wir werden nicht gehört, liegt es an uns das zu ändern.“ Das Preisgeld wurde den zwei Familien gespendet. Ausgezeichnet wurde auch Schwester Maria-Andreas Weißbacher. Sie leistete in Kärnten mehrfach Widerstand gegen eine populistische und teils offen rassistische Politik. Sie ist seit vielen Jahren unerschrocken und unermüdlich im Einsatz für Menschen in Not und baut interreligiöse Brücken. In ihrer Preisrede dankt sie „den vielen Frauen und Männern, die Deutschkurse angeboten haben und die in der Öffentlichkeit Aktionen kräftig unterstützt haben, wenn wir uns gewehrt haben gegen Ausgrenzung und Verhetzung.“ (gun)

POPULÄR GESEHEN

Schmerz

Manche haben eine Wunde zugefügt bekommen, so tief, dass die ganze Welt darin verschwindet. Warum begegnen ihnen andere dennoch mit Hass?

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK
Illustration: Petja Dimitrova

„Auf die Frage „Wie geht's dir?“, fange ich sofort zu weinen an“, schreibt die Regisseurin Elisabeth Scharang, die sich ins nächste Restaurant flüchten konnte. Draußen am Schwedenplatz wird geschossen. „Aus dem Nichts drückt eine Welle aus Schmerz in mir hoch, die mir die Stimme verschlägt. Dabei ist mir nichts passiert, ich bin nicht verletzt worden und nicht direkt bedroht.“ Und doch, es ist etwas passiert. Das Vertrauen in die Welt ist angeknackst, vielleicht auch gerade verloren. Eine Ahnung davon, was das Gefühl, verloren zu gehen, die Welt zu verlieren, sein könnte, gibt uns Jan Philipp Reemtsma, der von Erpressern 30 Tage in einem Keller gefangen gehalten wurde. Seine Aufzeichnungen beschreiben eine total verrückte Welt. „Alles ist wie es war, nur passt es mit mir nicht mehr zusammen. Als trüge ich eine Brille, die alles einen halben Zentimeter nach links oder rechts verschiebt. Oder als seien die Oberflächen der Dinge leicht gebogen, als würde nichts mehr Halt finden, das ich hinstellen möchte. Welt und ich passen nicht mehr.“ Man kann ja seinen Schlüssel verlieren oder seine Brille, aber



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich.

die Welt verlieren? Und doch: Manche haben eine Wunde zugefügt bekommen, so tief, dass die ganze Welt darin verschwindet. Ich habe zwei Jahre bei Hemayat, einem Gesundheitszentrum für Folter- und Kriegsüberlebende, gearbeitet. Die Wucht der Geschichten und der Verwundungen sind eigentlich nicht auszuhalten. Eine Welt, die es gibt und bei der man zweifeln will, dass es sie geben kann. „Ich vermute, einer der Gründe, warum Menschen so hartnäckig an ihrem Hass festhalten, ist, weil sie spüren: wenn der Hass einmal verschwunden ist, werden sie gezwungen sein, sich mit Schmerz zu beschäftigen“, sagt der Literaturnobelpreisträger James Baldwin. Das gilt für Hassprediger, aber das gilt umgekehrt auch für uns alle in anderer Form. Es ist zur Zeit keine leichte Situation. In Dauerschleife läuft ja als Hintergrundbedrohung Corona weiter. Viel Erschöpfung jetzt nach so vielen Monaten. Auch viele Verwundungen. Für autoritäre Politiken ein fatal fruchtbarer Boden. In diesen Augenblicken sind Dinge politisch durchsetzbar, die sonst bei Verstand, Abwägung und Verhältnismäßigkeit nie gingen. Weil der Schmerz so groß ist.

POLIZEIKOLUMNE

Agents provocateurs

Wenn die Polizei selbst Anlass zur Eskalation gibt, kann sie die Versammlungsfreiheit nicht schützen.

POLIZEIKOLUMNE - PHILIPP SONDEREGGER
BEOBACHTET DIE STAATSGEWALT.
Illustration: Petja Dimitrova

Die Expert*innen der „Venedig-Kommission“ entwickeln Standards zu Grundrechtsfragen. Die finden Eingang in die Rechtsprechung des EGMR, dem wichtigsten Menschenrechtsgericht in Europa. Anfang der 2000-Jahre verabschiedete die Kommission Richtlinien zum „polizieren“ von friedlichen Versammlungen. Diese sind heute europäischer Rechtsbestand. Dem Europarat gehören Länder wie Aserbaidschan, die Türkei oder Russland an. Die empfohlenen Standards sind also durchaus wetterfest. Die Versammlungsfreiheit soll auch geschützt sein, wenn staatliche Stellen sie sabotieren wollen. Eine beliebte Methode ist das Einschleusen von agents provocateurs, die mit Gewalttaten eine Auflösung der Versammlung provozieren. Daraus wurde der Grundsatz abgeleitet, dass niemand sein Recht auf friedliche Versammlung verliert, weil einzelne Person Straftaten verüben. Die Polizei muss Mittel und Wege suchen, die Versammlungsfreiheit jener zu schützen die friedlich bleiben wollen, während sie jene stoppt, die Gewalt ausüben. Das bedeutet auch, die Polizei darf

CLARTEXT



Philipp Sonderegger ist Menschenrechtler, lebt in Wien und bloggt auf phsblog.at.



Clara Akinyosoje ist Journalistin bei orf.at und Ex-Chefredakteurin von M-Media.

Die Rückkehr der Sündenbock-Sage

Mit der Debatte, wie viele Migrant*innen auf den Intensivstationen liegen, haben wir zuletzt einen neuen Tiefpunkt erreicht.

CLARA AKINYOJOYE SAGT ES NICHT DURCH DIE BLUME. EINE KOLUMNE ÜBER DIVERSITÄT UND MIGRATION. Illustration: Petja Dimitrova

nicht selbst zum Auslöser einer Eskalation werden. Klar, soziale Interaktionen sind „komplex“. Wer einen Streit angefangen hat, ist meist selbst Gegenstand des Streits. Aber manchmal liegen die Dinge einfacher. Wie bei der „Mayday“-Versammlung am 1. Mai im Votivpark: wenn sich ein Zivilpolizist in szenetypisch rechter Aufmachung unter eine linke Demo mischt, kann man getrost davon ausgehen, dass er Aufmerksamkeit auf sich ziehen wird. Dabei ist unerheblich, ob absichtlich provoziert oder einfach nur patschert.

Ob der Zivilpolizist tätlich angegriffen wurde und der Einsatz von Pfefferspray gegen Teilnehmer*innen der Kundgebung verhältnismäßig war, wird die gerichtliche Aufklärung ergeben. Man kann aber jetzt schon sagen, dass die Bekleidung des Zivilpolizisten Anlass für eine Aufschaukelung war, die viele Verletzte forderte und fast zur Auflösung der Versammlung führte. Die Polizei verstößt damit gegen ihren gesetzlichen Auftrag, die Versammlungsfreiheit der Teilnehmer*innen zu schützen.

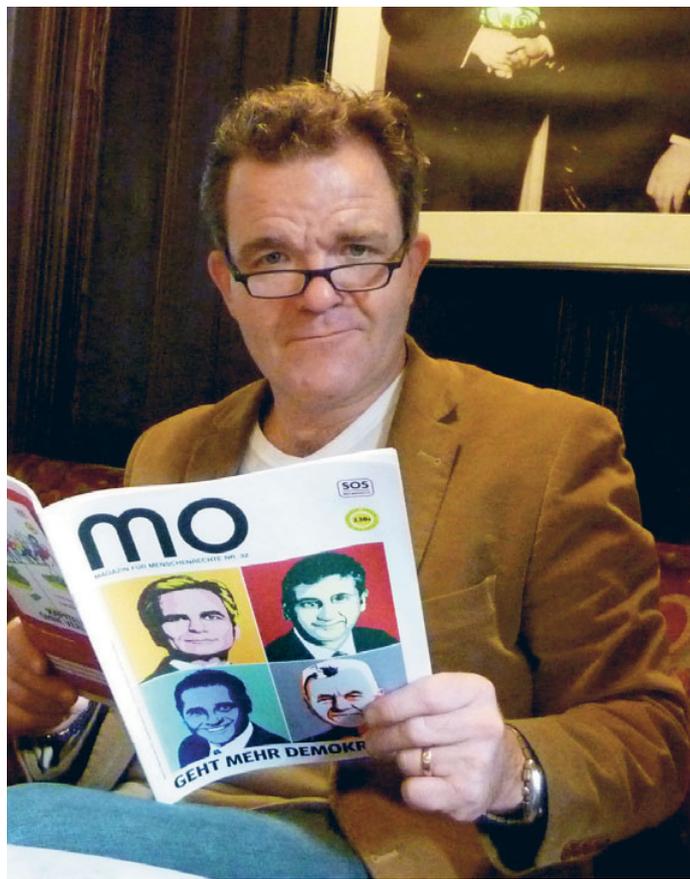
Im ersten Schock der Krise war ein Gefühl der Einheit zu spüren. Politiker*innen wandten sich in ihren Reden an alle, die hier leben. Der Mangel an mehrsprachiger Kommunikation, um wirklich die gesamte Bevölkerung zu erreichen, zeigte freilich schon damals, dass Österreich nicht in all seiner Vielfalt wahr- und angenommen wird. Dass der Österreichische Integrationsfonds MigrantInnen im Glauben ließ, man dürfe das Haus nicht mal zum Spazierengehen verlassen, war ein trauriger, medial wenig beachteter Tiefpunkt in der Coronakrise. Nach Vorwürfen, Menschen, die ihre Familie im Sommer auf dem Balkan besucht hatten, hätten das Virus nach Österreich eingeschleppt und die zweite Welle ausgelöst, erlebten wir – alle lockdownmüde – zuletzt einen neuen Tiefpunkt im politisch-medialen Diskurs. Es ging darum, ob auf Intensivstationen nicht überproportional viele Migrant*innen liegen. Es ging nicht darum, zu eruieren, ob es womöglich an mangelnder Kommunikation liegen könnte. Auch nicht darum, zu hinterfragen, ob es in einer Pandemie besser wäre, Österreichs Mehrsprachigkeit zu akzeptieren und

Infokampagnen mehrsprachig zu gestalten. Nein. Migrant*innen würden sich eben nicht an die Regeln halten, so der Vorwurf.

Dass Menschen mit Migrationsbiografie überproportional in Systemhalter-Berufen tätig sind – etwa als Kassierer*innen, Reinigungs-, und Pflegekräfte – das wird hingegen kaum thematisiert. Dass sie oft in Jobs tätig sind, bei denen Homeoffice nicht und Abstandhalten nur schwer möglich ist – kein Thema für die Politik. Dass viele Migrant*innen besonders stark vom Jobverlust durch die Maßnahmen betroffen sind – wer will das denn bitte diskutieren? Menschen mit Migrationsgeschichte sind es ja gewohnt, als Sündenböcke herzuhalten. Übrigens: Der Sündenbock hat eine interessante Geschichte. Im Alten Testament wird das Ritual für den Versöhnungstag der Israeliten beschrieben. Der Hohepriester legte seine Hände auf den Kopf eines Bockes und lud ihm so alle Sünden des Volkes eines Jahres auf. Danach wurde der Bock in die Wüste geschickt. Klingt fast vertraut.

**„Menschenrechte gehen
uns alle an. Mir ist die
unabhängige Aufbereitung
von Menschenrechtsthemen
im MO-Magazin von SOS
Mitmensch 86 Euro im
Jahr wert. Ihnen auch?“**

Cornelius Obonya



ABO-BESTELLUNG

MO-Soliabo – 4x jährlich MO lesen um 86 Euro

ZAHLUNGSART

Einziehungsermächtigung (Einzug 1x jährlich)

IBAN

BIC

Vorname, Name

E-Mail

Zahlschein

LIEFERADRESSE

Vorname, Name

Adresse

PLZ | Stadt

E-Mail

E-Mail abo@momagazin.at

Fax 01/524 99 00-9

Post SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, A-1070 Wien



**MO – Die Menschenrechte
im Auge behalten!**

STAATSBÜRGERSCHAFT

In Österreich geboren und dennoch staatenlos

Unglaublich, aber wahr: Österreich schickt tausende hier geborene Kinder in die Staatenlosigkeit. Laut Erhebung des „Staatenlosigkeits-Indexes 2021“ lebten im Jahr 2020 rund 17.025 Menschen in Österreich, deren Status „staatenlos“, „Staatsangehörigkeit unbekannt“ oder „Staatsangehörigkeit ungeklärt“ ist. Schaut man bei der Statistik Austria nach, zeigt sich: Mehr als

zwei Drittel der Kinder sind in Österreich zur Welt gekommen! Dabei könnte man einen Großteil dieser Staatenlosigkeitsfälle sehr einfach verhindern: indem man ihnen bei der Geburt automatisch die Staatsbürgerschaft verleiht. SOS Mitmensch hat dazu die #hiergeboren-Initiative gestartet, die bislang über 38.000 Menschen unterstützen. Jetzt unterzeichnen! www.hiergeboren.at



Schauspielerin Zeynep Buyraç wirbt für die automatische Staatsbürgerschaft bei Geburt.

UTE-BOCK-PREIS

Preis für Schwester Maria-Andreas Weißbacher, Tierra Rigby und Theo Haas

SOS Mitmensch verlieh heuer zum 17. Mal den Ute-Bock-Preis für Zivilcourage. Der Preis ging an Schwester Maria-Andreas Weißbacher als mutige Vorkämpferin für den Schutz von Geflüchteten; und an die Schüler*innen Tierra Rigby und Theo Haas, stellvertretend für alle, die sich gegen die Abschiebung ihrer Mitschüler*innen eingesetzt haben. Die Preisreden hielten Pfarrer Helmut Schüller und die Auto-

rin Madeleine Darya Alizadeh. Überreicht wurden die Preise von Max Koch. Mitreißend moderiert wurde die Preisverleihung von Zeynep Buyraç. Irmgard Griss übermittelte als Leiterin der „Kindeswohlkommission“ eine Videobotschaft, in der sie sich gegen Abschiebungssituationen wie jene von Tina oder Sona aussprach. Filmemacherin Nina Kusturica gestaltete mit Schüler*innen ein Video zum Kampf

gegen Abschiebungen. Der Preis ist mit insgesamt 4.000 Euro dotiert, gespendet haben ihn die RD Foundation Vienna von Ingrid und Christian Reder. Die Online-Preisverleihung war eine Co-Produktion von SOS Mitmensch unter der Projektleitung von Gerlinde Affenzeller und Okto Community TV. SOS Mitmensch ruft Innenminister Karl Nehammer dazu auf, die abgeschobenen Kinder umgehend zurückzuholen.

Porträts von geflüchteten Lehrlingen

Viele Menschen, die in Österreich ausgebildet werden, müssen nach wie vor zittern, ob sie nicht eines Tages abgeschoben werden. Andere können aufatmen und sich ihrer Zukunft widmen. Wiederum anderen ist der Zugang zur Ausbildung überhaupt versperrt. SOS Mitmensch startet dazu im Sommer eine Porträtserie.

Fehlt: Unabhängige Kontrolle der Polizei

Im Regierungsprogramm steht sie drinnen, die unabhängige Ermittlungsstelle, die Misshandlungsvorfällen gegen Polizeibeamt*innen nachgehen und als Beschwerdestelle für Betroffene fungieren soll. Doch von der Umsetzung fehlt weiter jede Spur. Das ist ein schweres Versäumnis angesichts zunehmender Beschwerden aufgrund von Polizeieinsätzen.

Katastrophale Lage auf Lesbos

Die von der österreichischen Politik angekündigte Kinderbetreuungsstätte im Lager Kara Tepe ist nie errichtet worden. Schlimmer noch: Die Kinderbetreuungsstätte, die es bisher außerhalb des Lagers gab, wurde geschlossen. Den Menschen im Lager geht es katastrophal. Die Lager-Evakuierung und Aufnahme der Geflüchteten ist dringend notwendig.



Von der Regierung angekündigt, aber nie errichtet: Kinderbetreuungsstätte in Kara Tepe.

ANDERE ÜBER...

Ein tiefsitzendes patriarchales Problem

Gewalt an Frauen ist ein globales Problem. Es ist ein strukturelles Problem und hat System.

KOMMENTAR: MARIA RÖSSLHUMER



Illustration: Petja Dimitrova

Es hat auch nichts mit einer bestimmten Herkunft oder Nationalität zu tun. Gewalt an Frauen kommt in allen gesellschaftlichen Bereichen und auch Schichten vor. Es ist auch kein Problem, dass nur in sogenannten ärmeren Schichten oder in Arbeiterfamilien oder nur in migrantischen Familien vorkommt. Auch in den oberen Schichten, in den sogenannten „besseren Kreisen“ unserer Gesellschaft kommt Gewalt an Frauen genauso vor. Nicht selten haben es gerade diese Frauen noch viel schwerer sich aus einer Gewaltbeziehung zu lösen, weil ihre Männer oft angesehenen Persönlichkeiten wie Politiker, Polizisten, Ärzte oder Rechtsanwälte sind. Männer, die gut vernetzt sind und alle Mittel einsetzen, das Leben ihrer Partnerinnen zu zerstören. Viele dieser Frauen bestätigen uns, dass sie keine Chance bei Gericht und Behörden haben, weil ihnen sowieso nicht geglaubt wird.

Gewalt an Frauen ist ein tiefsitzendes patriarchales Problem. Es ist ein globales Männerproblem. Es ist auch eine Pandemie, jede 3. Frau ist laut WHO von dieser Gewalt betroffen. Bei gewalttätigen Männern handelt es sich um Männer, die ein tiefsitzendes patriarchales Denkmuster und frauenverachten-

de Einstellungen haben. Sie neigen dazu Gewalt an Frauen und Kindern anzuwenden – unabhängig von Nationalität, Herkunft oder Hautfarbe. Dabei handelt es sich oft um ein erlerntes Muster, um ein anerzogenes und sozialisiertes Verhalten, das bereits in der frühen Kindheit verankert ist und sich später verstärkt, weil es oft toleriert wird.

Das Leben der (Ex)-Partnerin zerstören

Viele dieser Männer mussten meist schon in der Kindheit Gewalt an der Mutter mitansehen. Sie haben den Frauenhass des Vaters miterlebt und begonnen, sich mit dem Vater zu identifizieren. Diese Männer haben nicht gelernt, Konflikte oder Probleme gewaltfrei zu lösen. Sie haben nicht gelernt, mit ihren Gefühlen gut umzugehen. Sie sind daher oft nicht in der Lage, Bedürfnisse, Wünsche und Probleme mit jemandem zu besprechen. Schon gar nicht mit der eigenen Freundin oder Partnerin. Sie machen sich alles mit sich selbst aus, schlucken alle Kränkungen hinunter, können keine Fehler zugeben. Darüber hinaus haben diese Männer meist kein Schuldbewusstsein und ein starkes Besitzdenken.

Sie geben die Verantwortung an die Frau und an die Kinder ab. Für diese Männer gibt es oft nur ein Ja oder Nein, jede Gegenmeinung wird als Provokation empfunden. All das macht eine Partnerschaft für Frauen oft zu einer gefährlichen Lebensform. Für gewalttätige Männer spielen Macht und Kontrolle eine zentrale Rolle. Wenn sich Frauen von ihren gewalttätigen Partnern trennen wollen, wenn sie Anzeige erstatten oder die Polizei rufen, dann kommt es zu den gefährlichsten Situationen. Täter kommen mit dem Macht- und Kontrollverlust nicht zurecht und überlegen, wie sie das Leben ihrer (Ex-)Partnerin zerstören können. Es handelt sich meist um Wiederholungstäter. Sie sind erst dann zu stoppen, wenn sie Konsequenzen und Sanktionen erfahren. Gewalttäter sind nicht krank oder schwach. Gewalttäter wenden oft ganz bewusst Strategien und Tricks an, um von ihrem gewalttätigen Verhalten abzulenken, die Betroffenen zu beeinflussen und ihre eigenen Taten zu verschleiern oder zu rechtfertigen. Sie neigen dazu, die Umgebung zu manipulieren.

Maria Rösslhumer ist Geschäftsführerin des Vereins Autonome Österreichische Frauenhäuser.

21. Kunst auktion 2021

**Nachverkauf bis 30. Juni 2021 unter:
www.sosmitmensch.at/site/kunst/nachverkauf2021**

Kunstauktion zeitgenössischer Kunst zugunsten von SOS MITMENSCH



ICH HAB JA
NIX GEGEN
AUSLÄNDER,
ABER ...

FÜR EINE MENSCHEN-
WÜRDIGE GESELLSCHAFT
OHNE WENN UND ABER.

SOS Mitmensch setzt sich kompromisslos für Menschenwürde ein. Helfen Sie uns dabei – mit Ihrer Spende.
IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590, BIC: BAWAATWW. Mehr Informationen unter www.sosmitmensch.at
SOS Mitmensch ist Trägerin des Spendengütesiegels und finanziert sich ausschließlich durch private Spenden.

